

# Arbeiter-Zeitung

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Arbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,80 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Bezugsstellen: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft, Halle, Lindenstraße 14. Fernruf: 210 6 (Abd.); 210 6 (Tages).

Stützpunkt des Arbeiter-Zeitung  
Der rote Stern

Bezugspreis: 1,50 M. für den mit 620 und 640; 1 M. für Tegetel. Konkrete Anträge an die Geschäftsstelle: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft, Halle, Lindenstraße 14. Fernruf: 210 6 (Abd.); 210 6 (Tages).

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, 31. August 1931

11. Jahrgang Nr. 168

## Fallten Lohnräubern in den Arm!

Sanierungsprogramm des deutschen Städtetages wird durchgeführt — Massenentlassungen in den häßlichen Betrieben von Halle geplant — Gemeindearbeiterversammlungen polizeilich aufgelöst — Die Kampf Stimmung wächst

Halle, 31. August.

Es trifft zu, was die KGO den Gemeindearbeitern vorzulesen. Dem unerhörten Lohnraub sollen die Massenentlassungen folgen. So plant die Wehag, 100 Straßenbahner in Halle zu entlassen. Einzelentlassungen sind bis jetzt schon gang und gäbe geworden. Die Aufständischen mühen ständig „Entlassungsgründe“ dazu liefern. Die Schiffsrennen gegen den Streikunfähigkeitspersonal sind geradezu unerträglich geworden. Eine hohe Straßenbahn wurde schon vor einiger Zeit auf die Straße geworfen. Jetzt helfen alle diese Einzelmaßnahmen nicht mehr, die Rentabilität des Betriebes zu erhalten, um das Sanierungsprogramm nach dem Muster des Deutschen Städtetages durchzuführen. Jetzt sollen Massenentlassungen das alleinige Hilfsmittel sein.

Aber nicht nur bei der Wehag, sondern auch in den häßlichen Kammereibetrieben legen die Massenentlassungen ein. Bei der Tiefbauabteilung wurden 13 Arbeiter bereits entlassen, außerdem werden 10 Holzschlepper entlassen, in einer anderen Abteilung 25 wohnfabrikarbeitslose Frauen. Unter den 13 zuerst bei der Tiefbauabteilung Entlassenen handelt es sich meist um Arbeiter, die 15 und 25 Jahre in den Diensten des Magistrats der Stadt Halle haben. Sogar für den ehemals beim Tiefbauamt beschäftigten, im Militärdienst verbrachten Arbeiter H. Schmidt sollte man gemäßigtere eine Kündigung aus. Bei der Gerbereiabteilung wurden 7 Männer und 2 Frauen entlassen. Bei der Bäderentwässerung stellen die Gewerkschaften die Frage, entweder ihr arbeitet noch 40 Stunden, natürlich ohne Lohnausgleich, oder 10 Mann werden entlassen.

Die bevorstehenden Entlassungen, die zum Lohnraub hinzukommen, haben eine Stimmung gegen die Gewerkschaftsapparate erzeugt, die bei den meisten reformistisch eingestellten Gemeindearbeitern bisher nicht festzustellen war. Die reformistischen Betriebsräte gehen von Mann zu Mann und marnen vor einem Streik. Die Seelig, Taag und Konstanten gehen sich große Mühe, dem Magistrat bei der Durchführung des Sanierungsprogramms zu helfen.

Während die deutschen Gewerkschaftsführer in Reichweite am Rhein vor dem ADGB-Kongress den Versuch machen, ihre Unterdrückung der sozialistischen Politik der deutschen Bourgeoisie mit neuen Zügen zu verteidigen, gehen sie in der Praxis täglich die schlagendsten Beweise dafür, daß sie die Hauptfeindlichen an dem Massenraub des deutschen Lohnraubs sind, daß sie die größten Lohnräuber sind, die dem heutigen Kapitalismus in Deutschland die nationale Selbsthilfe durchzuführen helfen.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer organisieren die Streikbrecherkolonnen, die dem Vorkriegsstand, das heißt gegen den Lohnraub wehrt, in den Rücken fallen. Die sozialdemokratischen Staatsfunktionäre — fast alles ehemalige Gewerkschaftsführer — organisieren eine Polizeiaktion nach der anderen gegen die revolutionäre Arbeiterklasse und ihre Führer, die kommunistische Partei. Aber in den Wohnungen der Proleten finden die Schuppen keine Waffen, sie finden aber auch keine Kohlen, keine Kartoffeln und keine Lebensmittel.

Die kommunistische Partei und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition aber fordern das tägliche Brot für die Massen. Sie kämpfen um die Verteilung des jetzt schon völlig ungenügenden Einkommens der Betriebsarbeiter, sie kämpfen

gegen die Massenentlassungen. Sie kämpfen um das Recht auf Leben für jeden Menschen, der arbeiten will, heute aber durch das wahnwitzige kapitalistische System gefährdet wird. Und immer größer wird die Front derer, die erkennen, daß nur durch die rote Selbsthilfe der Werktätigen der Sozialismus erkämpft werden kann, der allen Arbeit und Brot bringen wird.

Gemeindearbeiter von Halle! Es ist fünf Minuten vor zwölf! Jetzt heißt es handeln! Heraus zur allgemeinen Delegiertenversammlung am Mittwoch, dem 20. September, 20 Uhr, im Lokal Hübner, Kurze Gasse. Verhindert die Entlassungen, verhindert den Lohnraub, schaff! die rote Kampffront in den Betrieben!

## Polizeiaktion gegen das rote Berlin

Bülowplatz, Wedding, Postkammer am Sonnabend durch riesiges Polizeiaufgebot besetzt — Ergebnisse Waffenjagd in Arbeiterwohnungen — Mit Scheinwerfern in den Kellern — Tausend Schuppen riegeln den Wedding ab

(Eig. Bericht) Berlin, 30. August.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzeffinski hatte gestern morgen eine große Aktion gegen die Berliner Arbeiterviertel, die Linien- und Marktstraße in der Nähe des Bülowplatzes, die Postkammer im Südosten Berlins, die Wiesen-, Park- und Weddingstraße auf dem Wedding durchgeführt. Diese Arbeiterviertel wurden in den frühen Morgenstunden, um fünf Uhr, durch ein riesiges Polizeiaufgebot besetzt und die Straßen abgeriegelt. Jeder Bewohner, der das Viertel verließ, oder es betrat, wurde von der Polizei gründlich durchsucht. Zur Sperrung des Wedding waren etwa 1000 Schuppen abgeriegelt. Die Posten auf den Straßen waren mit Revolvern ausgerüstet.

Die Durchsuchung der Häuser und der einzelnen Arbeiterwohnungen wurde von Kriminalbeamten, die von Schupmannschaften begleitet waren, vorgenommen. Die Bewohner wurden am frühen Morgen aus dem Schlaf gerissen. Sogar auf den Dachböden wurden bemalte Schuppen aufgestellt, offenbar um zu verhindern, daß sich jemand über die Dächer aus dem abgeperrten Gebiet entfernt. Auf den Treppen in den Häusern waren ebenfalls Schuppenbeamte aufgestellt, die jeden nach Waffen durchsuchten, der das Haus verließ oder es betrat. Kein Bewohner durfte sich mit seinem Hausnachbarn während der Durchsuchung unterhalten.

In den Wohnungen der Arbeiter erfolgte eine gründliche Durchsuchung. In den Kellern jagte die Polizei mit Scheinwerfern.

Mehrfach wie am Wedding waren die Maßnahmen der Polizei auch in den anderen Stadtteilen. Der Bülowplatz war gestern morgen abermals von der Polizei völlig abgeperrt. Während der ganzen Polizeiaktion, die bis gegen Mittag dauerte, war die Telefonverbindung mit dem Karl-Liebknecht-Haus von der Polizei gesperrt.

Nach dem amtlichen Polizeibericht wird die Bezeichnung und Durchsuchung der Arbeiterviertel mit den „politischen Vorgängen der letzten Zeit“ begründet.

Grzeffinski, Funktionär der sozialdemokratischen Partei, Polizeipräsident von Berlin, schrieb vor einigen Tagen im „Acht-Uhr-Abendblatt“, daß die „kommunistische Gefahr“ gering wäre. Berlin sei die „ruhigste Stadt der Welt“. Die Arbeiter hätten fast keine oder nur wenige Waffen, die kommunistische Partei könne eine rote Armee höchstens in einer Ecke von 3 bis 4000 Mann aufstellen. Die Gruppen in einzelnen Orten würden gegen die Arbeiterklasse in Berlin, eine Maßnahme, die ihre Parallele nur in den italienischen Strafexpeditionen Mussolinis in Italien und in der Bezeichnung ganzer Dörfer durch die Truppen Mussolinis in Polen hat, ist eine Illustration zu den Ausführungen Grzeffinskis im „Acht-Uhr-Abendblatt“.

Wenn es keine kommunistische Gefahr gibt, wenn die Arbeiter keine Waffen haben, wie der Sozialdemokrat Grzeffinski verneint, warum dann diese Polizeiaktion? Es ist klar, daß diese Polizeiaktion eine Maßnahme ist, die sich nicht nur gegen die kommunistische Partei, sondern gegen die gesamte arbeitende Bevölkerung richtet. Grzeffinski jagt sich für seine Aktionen gegen die Arbeiterklasse solche Arbeiterviertel aus, von denen bekannt ist, daß ihre Bewohner Mitglieder und Anhänger der kommunistischen Partei sind. Die kommunistische Partei ist so tief und fest in den Massen verankert, daß es dem Sozialdemokraten Grzeffinski schon unmöglich ist, eine Aktion gegen die kommunistische Partei isoliert durchzuführen. Er ist deshalb gezwungen, seine Maßnahmen auf ganze Straßen, auf ganze

Wohnviertel auszudehnen, alle Arbeiter als Kommunisten zu behandeln, ganz gleich, ob sie gestern oder heute noch Anhänger der sozialdemokratischen Partei gewesen sind. Weder in Polen noch in Italien ist die „Rote“ zu der gefährlichsten Gefahr in der Arbeiterbevölkerung, unter den Landarbeitern und Bauern gewachsen, was Grzeffinski nicht hindert, in Berlin ganze Arbeiterviertel durch Polizei besetzen zu lassen. Diese Demonstration Grzeffinskis bämmt den Arbeitern die Erkenntnis ein, daß die Sozialdemokraten ihre Positionen, die sie im Sozialapparat belegen haben, nicht im Interesse der Arbeiter stellen anmerken.

Meint ihr nicht, ihr Herren Sozialdemokraten, daß die Arbeiter eure Rolle sehr schnell begreifen, wenn ihr fortschritt, mit Polizei gegen die Arbeiter vorzugehen?

## Riesenblamage der Grzeffinski-Polizei

Die Berliner bürgerlichen Zeitungen melden das Ergebnis der mit einer Riesenarmee von Schuppen durchgeführten Aktion gegen das rote Berlin. Es wurden nach dem Polizeibericht beiläufig: 14 Gewehre und Karabiner, 15 Selbstblattpistolen, 8 Tomatenrevolver, 39 Schrotgewehre, 16 Dolche, 10 Knochengeräte, 7 Schlingringe, mehrere Schmittmesser und eine Anzahl Munition, 50 Gewehre gefunden.

Der Polizeibericht meldet natürlich nicht, daß es sich bei den Gewehren und Revolvern zum größten Teil um zerlegte Muserumstände handelt, die mit Ersatzteilen vollkommen unbrauchbar sind.

Das Berliner Tageblatt schreibt zu diesem Ergebnis u. a. folgendes:

„Schon werden die ersten Stützen gebracht. Was haben sie verbrochen? Was wußten sie nicht. Sie sollen nicht polizeilich gemeldet sein. Das ist alles. Nach ein Umbruch, lange gerast, nie erreicht, ist dabei, heißt es... Erst nach einigen Stunden ist die Jagd vorbei. Eine Anzahl Wunden, Stellen, Gewehre, gegen jedwede unangenehme Regionen sind das Ergebnis. Ein wenig weniger muß man sagen. Pistolen mit dem Namen auch zu sagen finden, wenn man sucht... Man wird jedenfalls nie verhindern können, daß sich Menschen Waffen aneignen... Vielleicht hat man nach Waffenlagern gesucht, die zu politischen Zwecken verlegt gehalten werden? Dann hat man sie allerdings nicht gefunden, vorausgesetzt, daß solche überhaupt existieren.“

## Antwort an ADGB-Lohnräuber

(Eigene Meldung.) Bitterfeld, 31. August.

Am getrigen Sonntag beschloß die Generalversammlung des Bauergewerksbundes, Zehlfelle Bitterfeld, welche nach dem Vertreterkongress zusammengestellt ist, mit der großen Mehrheit den Ausschritt zu dem roten Einheitsverband der Bauarbeiter. Die Kollegen solidarisierten sich mit den ausgeschlossenen Vorstandsmitgliedern Burwitz und Richter. Die Kollegen erhielten gestern die verdiente Danksagung für ihren fortgesetzten Verrat und wurden von dem empörten Kollegen aus der Versammlung gejagt und nach Hause geschickt.

## Kommunisten in Mecklenburg voran!

Eine interessante Bürgermeisterwahl (Eig. Draht.) Berlin, 30. August.

In der mecklenburgischen Stadt Boizenburg wurde am heutigen Sonntag ein erbitterter Kampf um die Bürgermeisterwahl ausgetragen. In der Stichwahl fanden Gewerkschaftler (Mecklenburg) und der Nazi-Führer (Wunden) einander gegenüber. Die Nazis gelangte sich zu einem Sieg über die kommunistische Partei. Der Gewerkschaftler erhielt 1752 Stimmen, während der Nazi nur 625 Stimmen auf sich vereinen konnte. Die Wahlbeteiligung betrug fast 90 Prozent. Gewerkschaftler werden kein Amt sofort antreten können, da der mecklenburgische Staat kein Wahlrechts- oder Einbürgerungsrecht (wie zum Beispiel Preußen) hat.

# Einige Lehren des Volksentscheids

Vom Sekretariat des Zentralkomitees der SPD wird uns geschrieben:

Am Generalrat zu den Parlamentswahlen lassen sich die zahlreichen Erfolge, der weitere Vorstoß der Kommunistischen Partei beim Volksentscheid zur Auflösung des reaktionären Preußens Landtags nicht ohne weiteres aus dem Ergebnis der Abstimmung feststellen. Im Hinblick auf den Parlamentswahltag des 14. Sept. der Reichswahl ist zu betonen, daß die letzten preußischen Landtagswahlen 5 bis 6 Millionen oder rund 20 Prozent — so ist der Prozentfuß der Nichtabstimmenden beim Volksentscheid (auch der Wähler, die Gegner der Regierung sind) noch bedeutend größer. Bei der letzten Landtagswahl erhielten die preußischen Regierungsparteien nur etwa 8 1/2 Millionen Stimmen, noch denen sie bei den Reichstagswahlen am 14. September 1931 noch erheblich verloren haben und dadurch in eine hoffnungslose Minderheit geraten sind. Im Gegensatz zu den Parlamentswahlen, wo die Wahlen geheim sind, hat der Volksentscheid den Charakter einer öffentlichen Abstimmung.

Das Ergebnis des Volksentscheids zeigt, daß nur ein geringer Bestandteil der Bevölkerung, der nicht ins Gewicht fällt, mit Nein gestimmt hat. Lediglich der sich also an der Abstimmung beim Volksentscheid beteiligte, demonstriert damit offen seine Gegnerschaft gegen die preussische Regierung Braun-Seering und gegen die diese Regierung führenden Parteien.

Die Tatsache, daß noch große Massen dem Volksentscheid fernblieben, wird besonders bei der SPD bemerkt, um in demnächstigen Wahlen alle Wähler, die sich an der Abstimmung beteiligt haben, also auch die große Zahl der Nichtwähler, für die Unterstützung der Regierung zu rekrutieren. Daß diese Demagogie nichts weiter als verächtlicher Betrug ihrer eigenen Anhänger ist, liegt auf der Hand, denn in der Tat hat

über die Hälfte aller politisch aktiven Wähler in Preußen sich gegen die Regierung Braun-Seering und für die Auflösung des Preussischen Landtags entschieden.

Und die Nichtwähler sind keineswegs alle beglückte Anhänger der Braun-Seering. Das sind außer den in Staats- und Gemeindegewalten funktionierenden nicht einmal die Mitglieder der SPD.

Die Frage, ob es der Kommunistischen Partei gelungen ist, große Massen des arbeitenden Volkes für die Teilnahme an einem toten Volksentscheid zu mobilisieren, kann also nicht durch den Vergleich des Abstimmungsresultates mit den für die Volksentscheid beteiligten Parteien bei früheren Wahlen abgegebene Stimmen entschieden werden. Eine einigermaßen zureichende Beantwortung dieser Frage ist nur möglich durch den Vergleich zwischen den Zahlen der Eintragung des Wahlrechts bei der Volksentscheidung und dem Wahlrecht bei den Reichstagswahlen und dem Vergleich der Resultate der Abstimmungsresultate der einzelnen Wahlkreise nach dem Gesichtspunkt untereinander.

Eine Überprüfung des Abstimmungsresultates nach diesem Gesichtspunkt ergibt, daß die absolute Zunahme beim Volksentscheid gegenüber dem Wahlrecht bei den Reichstagswahlen in allen Wahlkreisen bei der Kommunistischen Partei bei früheren Parlamentswahlen bereits starke Positionen hatte. Dagegen sind die Wahlkreise, wo die Zunahme beim Volksentscheid gegenüber dem Wahlrecht am geringsten ist, Wahlkreise, wo die Nazis bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 am härtesten war.

Folgende Übersicht zeigt das auf deutlichste:

Wahlkreis	Reichstagswahl 1930	Volksentscheid
Berlin	21,7	22,7
Düsseldorf	12,8	13,4
Frankfurt	12,8	13,4
Hamburg	12,8	13,4
Köln	12,8	13,4
Münster	12,8	13,4
Stuttgart	12,8	13,4
Wien	12,8	13,4
Zürich	12,8	13,4

Zu den härtesten Wahlkreisen der Nazis bei den Reichstagswahlen gehören:

Schleswig-Holstein	27 Prozent Nazis
Sachsen	24,3 Prozent Nazis
Sachsen-Anhalt	24,3 Prozent Nazis
Brandenburg	24,2 Prozent Nazis
Oberbayern	22,7 Prozent Nazis
Niederrhein	22,5 Prozent Nazis
Bayern	20,9 Prozent Nazis
Westfalen	20,5 Prozent Nazis

Zu den härtesten Wahlkreisen der Nazis bei den Reichstagswahlen gehören:

Schleswig-Holstein	18,9 Prozent Nazis
Sachsen	8,2 Prozent Nazis
Sachsen-Anhalt	12,5 Prozent Nazis
Sachsen	11,8 Prozent Nazis
Oberbayern	8,4 Prozent Nazis
Niederrhein	8,5 Prozent Nazis

Die oben angeführte Tabelle zeigt, daß die Kommunistische Partei bei den Reichstagswahlen in den meisten Wahlkreisen ein beträchtliches Übergewicht hatte. Dagegen sind die Wahlkreise, wo die Zunahme beim Volksentscheid gegenüber dem Wahlrecht am geringsten ist, Wahlkreise, wo die Nazis bei den Reichstagswahlen am härtesten war.

Daraus folgt, daß es der Kommunistischen Partei gelungen ist, große Teile des wertigen Volkes zum Kampf gegen den reaktionären Preussens Landtag, gegen die Politik der Rechten, Braun, Seering zu mobilisieren. Damit wird zugleich auch das Mißtrauen von den kommunistischen, Arbeiter für die Bürgerliche und sozialdemokratische Presse aus agitatorischen Gründen ihren Leuten vorsetzt, widerlegt.

(Fortsetzung folgt morgen.)

## Christliche Freiheiten gegen den Genossen Litwinow

Die Tagesschau der christlichen Gemeinschaften, 'Der Deutsche', veröffentlichte am 29. August eine ungeheuerliche Beschimpfung des Genossen Litwinow, den sie als 'Judchäuser' bezeichnete. Die Zeitung wies auf die ehrenvolle revolutionäre Vergangenheit Litwinows an, der unter dem Namen Litwinow als langjähriger Parteiführer der SPD in der Reichstagswahl am 14. September 1930 verstorben. Bemerkenswert ist, daß das Verbot nur bis zum 2. September erfolgte und in der Verbotsbegründung ausdrücklich nicht etwa die Beteiligung gegen den Genossen Litwinow, sondern als Grund angegeben worden, daß die dadurch 'gleichzeitig erfolgte Beschimpfung des Reichshausministers Dr. Curtius'.

Der 'Vorwärts' protestiert beschwerdeweise gegen dieses Verbot, da nach seiner Darstellung ein Einbruch in die Pressefreiheit darstellt, weil es, wie der 'Vorwärts' falschlicherweise behauptet, erfolgt sei, wegen Verleumdung eines fremden Staatsmannes. Vor einigen Tagen wurde unser Genosse Schnellener wegen Verleumdung des Papstes verurteilt. Da land der 'Vorwärts' keine Worte des Protestes, keine, auch kein Zeitungsverbot angeht wegen Verleumdung eines fremden Staatsmannes. Eine Verurteilung erfolgt nicht, findet das sozialistische Zentralorgan mit einem Male Worte der Entzückung. Kein Wunder bei dem abgrundtiefen Haß der Sozialisten gegen die Sowjetunion.

# Jugend unter Lenins Fahnen!

Heraus zum Internationalen Jugendtag! — Werbeweche der Partei und des Jugendverbandes vom 31. August bis 6. September für den NSD

Am 5. und 6. September markiert die Jugend der Kommunistischen Jugendinternationale in enger Verbundenheit mit den Jugendverbänden der ganzen Erde vom 17. Internationalen Jugendtag auf. Treu legt die Kommunistische Jugendinternationale das Vermächtnis Lenins und Liebknechts unter den Lehren fort.

Krieg dem imperialistischen Krieg!  
Für Arbeit, Brot, Macht und Freiheit!  
Für die Verteidigung der Sowjetunion!

Im Moment, wo die Millionenmassen in Deutschland unter dem Banner ihrer kampferprobten Führer, der Kommunistischen Partei Deutschlands, für die soziale und nationale Befreiung kämpfen, markiert die revolutionäre Jugend in fester und untrennbarer Kampfgemeinschaft mit der einzigen Partei, die ihre Interessen vertritt, mit der SPD.

Die bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie treiben eine jugendfeindliche Politik. Sie fordern und ermöglichen den Lohn- und Unterdrückungsraub, sie sind verantwortlich, daß eine Million Jugendlöhner brotlos auf der Straße liegen, sie führen die schicksalhafte Arbeitslosigkeit durch. Darum markieren die Jungverpflichteten in großen Scharen aus dem Lager der Jugendfeinde, aus dem Lager des Kapitalismus, aus dem Lager der Brüning und Czerwinski, Hitler und Braun, in das Lager des Kommunismus, um in der Front der Jungkommunisten ihr Leben zu verteidigen und den einzig möglichen Ausweg aus Hunger und Kriege, den Sozialismus, zu erkämpfen. Unter dem Ruf:

Lieber hundertmal mit Hähnen, als einmal mit Weis und Henkauer!

verläßt die Jugend der Sozialdemokratie das Lager der Polizeiverpflichteten, um in der einzig sozialistischen Jugendorganisation, im KJVD zu kämpfen.

**Erwachsene Proletarier, Klassenprolet!**  
Mobilisiert die wertigste Jugend gegen Lohnraub und Unterdrückungsraub, gegen Unterdrückungsraub und schicksalhafte Arbeitslosigkeit, für den Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit. Nehmt die Jugendarbeiterschaft ein in eure Kämpfe, führt sie gegen den Verrotter der reformistischen Lohnabbaueverpflichteten! Macht mit Hilfe der Klassenbewegungen Jugend die Betriebe zu unerschütterlichen Festungen des Kommunismus.

Die Kommunistische Partei und der Kommunistische Jugendverband rufen auf zum Internationalen Jugendtag vom 31. August bis 6. September, für die Stärkung des KJVD.

Bermittelt durch die Kraft der jungen und erwachsenen Arbeiterschaft die Aufgabe, neue kampferprobte Massen der proletarischen Jugend in den Reihen des KJVD zu erfassen! Arbeit und agitieren in Betrieb und Stempelstelle für den KJVD! Schafft in Deutschland den Verband der hunderttausend Jungkommunisten! Die Jugend der Betriebe und Stempelstellen, der Kontore und Warenhäuser gehört zu uns, in die einzige sozialistische Jugendorganisation.

Schmiedet anlässlich des 17. Internationalen Jugendtages die Kampffront der erwachsenen und jugendlichen Arbeiter fester denn je!

Markiert am 5. und 6. September unter Führung der SPD und ihrer KJVD gegen die imperialistische Kriegspolitik, gegen die Militarisation und Festsicherung der Proletarierjugend, für die weitere Vertiefung und Unterbrechung der Jugendkämpfe, für die nationale und soziale Befreiung aller Jugendlichen, für den Kommunismus.  
Zentralkomitee der SPD.

# Sturmsignale gegen Notverordnungs-politik

Einberufung des Reichstags gefordert — Mißtrauensantrag gegen Braun-Seering-Regierung

(Eig. Meldung) Berlin, 30. August.

Die kommunistische Fraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, der die sofortige Aufhebung der Länder-Notverordnungen fordert, die in den Ländern und Gemeinden die Disfunktionalität zur Herabsetzung der Löhne, Gehälter und sozialen Ausgaben überträgt. Ein weiterer Antrag der kommunistischen Fraktion fordert die Durchführung einer Reihe von Maßnahmen als dringende Nothilfe für die bäuerlichen und fleischwirtschaftlichen Wirtschaften.

Um diese Anträge im Reichstag zur Sprache zu bringen, wird die kommunistische Fraktion einen neuen Antrag auf

Einberufung des Reichstags

stellen und zu diesem Zweck die Einberufung des Reichstages fordern. Der Reichstag soll zusammenzutreten, wenn mindestens drei Mitglieder des Reichstages dafür eintritten. Da die Kommunisten über diese drei Vertreter verfügen, muß diesem Antrag stattgegeben werden.

Nachdem die kommunistische Fraktion des Preussischen Landtages bereits einen Antrag auf sofortige Einberufung des Landtages eingebracht hat, dessen Durchführung von den preussischen Regierungsparteien mit allen Mitteln sabotiert wird, hat sie jetzt einen

Miðtrauensantrag gegen das preussische Staatsministerium

eingebracht, der mit der Unterfertigung der Regierung Brüning und ihrer Politik durch die Braun-Seering-Regierung begründet wird. Da nach der preussischen Verfassung ein Mißtrauensantrag innerhalb von 14 Tagen vom Landtag erledigt werden muß, ist damit zu rechnen, daß der Reichstag am Dienstag den Termin der Landtagssitzung innerhalb dieser 14 Tage festsetzen wird.

Auch die kommunistische Fraktion des Bayerischen Landtages fordert die sofortige Einberufung des Landtages zu einer außerordentlichen Sitzung und hat gleichzeitig einen Antrag gegen die Notverordnungen der bayerischen Regierung eingebracht, zu dem im Landtag Stellung genommen werden soll.

Diese Initiative der kommunistischen Fraktionen im Reichstag und in einzelnen Landesparlamenten muß unter den Millionenmassen der Werktätigen fürchten Widerhall finden und eine weite breitere Kampfkampfnation gegen die Notverordnungs-politik der Brüning, Braun und Reich auslösen. An den Betrieben und Kontoren, auf den Stempelstellen und den Geschäften, überall müssen die Werktätigen ihre Stimme des Massenprotestes erheben und der herrschenden Klasse ein donnerndes Hallo entgegenrufen.

Es geht um Arbeit, Brot und Freiheit. Es geht um die Lebensfragen der Millionenarme des wertigen Volkes.

## Terrorurteil gegen „Hohverräter“

Leipzig, den 29. August.

Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichtes, unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Baumgarten, fand der 43 Jahre alte Woiwode Arthur Salowitsch aus Breslau, Familien-vater von vier Kindern, unter der Anklage der „Vorbereitung zum Hochverrat, Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz und unbefugtes Waffenbesitz“.

Bei dem Urteilsangabe sollen Zerkleinerungen, ein altes Mitglied des KJVD sowie einige alte Sprengstoffe gefunden worden sein. Obwohl selbst die Polizeibeamten, die die Haus-suchung durchgeführt hatten, in ihren Auslagen nicht übereinstimmen, wurde doch entsprechend dem Antrag des Oberreichs-anwaltes das unerhörte Terrorurteil von 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus unter Anrechnung von 6 Monaten Unter-suchungshaft, bei Bereinigung mit derer Umständen und Nicht-zubilligung der Heberungsleiterhaft, gefällt.

Im Zubehörraum wurde dieses Kleinfaschinen mit großer Spannung aufgenommen. Verurteilt, kämpft mit der SPD gegen die schicksalhafte Klassenjustiz, tritt er in die Kasse Bille!

## Krüger-Polizei gegen künftliche Gemeindeproleten

(Eig. Meldung) Wittenberg, 31. August

Für vorgangenen Sonnabend, 17 Uhr, hatte die NSD zu einer Delegiertenversammlung der künftlichen Arbeiter nach dem Lokal 'Schwarzes Koh' anberufen. Vor Beginn der Versammlung erschien die Polizei des Sozialdemokratischen Krüger und erzwang die Versammlung wurde nicht stattfinden, da sie nicht ordnungsgemäß einberufen sei. Alles Protestieren der künftlichen Arbeiter, daß nach der Notverordnung nur öffentliche politische Versammlungen anmeldepflichtig sind, half nichts. Die künftlichen Arbeiter legten darauf ein Verbot der Delegiertenversammlung in einem anderen Lokal an. Als Referent wurde der Sitzungsprotokoll der NSD als Referent gehalten. Raum war die Versammlung im Gange, als nach fünf Uhr die Polizei erschien und die Delegiertenversammlung, die nur von künftlichen Arbeitern besucht war und gegen den Lohnraub Stellung zu nehmen hatte, sofort auflöste.

Gegen diesen Übergriff der Polizei haben die künftlichen Arbeiter sofort protestiert. Sie markierten mit dem Genossen A. Die Polizei teilte unseren Genossen mit, daß alle Versammlungen verhindert würden.

Bei der Krüger-Polizei scheint man neue Anstrichungen erzieht zu haben, denn in Wittenberg hat die NSD eine Delegierten-

versammlung der künftlichen Betriebe ungehindert durchgeführt. Jetzt werden die Sozialisten, daß die künftlichen Arbeiter gegen die Verdrängerpolitik aufstehen und gehen deshalb mit Anmerkungen, noch nicht einmal unter der Notverordnung hitzigen Maßnahmen war.

## NSD-Führer stimmen für den Abbau der Gemeindearbeiterlöhne

(Eig. Meldung) Stuttgart, 30. August.

In der Sitzung des Gemeinderats von Stuttgart stimmt am 27. August die sozialdemokratische Fraktion für den Abbau der Löhne der Gemeindearbeiter.

Das ist wieder ein Beweis mehr, daß die sozialdemokratischen Führer die Haupttreiber zum Abbau der Löhne der Gemeindearbeiter sind.

## Wettrennen in Leipzig

(Eig. Meldung) Leipzig, den 31. August.

Gestern wurde die Leipziger Herbstmesse eröffnet, die jedoch in Bezug auf die Reichsregierung, als auch die Stimmung den Antritt des kapitalistischen Wirtschaftsjahres klar und deutlich widerspiegelt. Gegenüber 7625 Ausstellern des Vorjahres sind diesmal nur 6733 vertreten. Die bürgerliche Presse berichtet, daß die meisten aus dem geblichen. Firmen sich in Zahlungsschwierigkeiten befinden. Weiter wird gemeldet, daß die Kaufkraft außerordentlich gering ist und besonders die Auswärtsnachfrage vor dem Abbruch irgendwelcher Geschäfte, die nur sehr geringe Erlöse, größte Verluste über die betreffenden Firmen malten läßt. Wir werden noch ausführlicher über den Verlauf dieser für den Tiefstand der kapitalistischen Wirtschaft bedeutsamen Herbstmesse berichten.

## Hilfe, Hilfe, Polizei!

oder: Die tapferen Nazi-Strolche

(Eig. Drahtl.) Hamburg, 30. August.

Heute vormittag promozieren einige Nazis im Stadtteil S. Pauli mehrere Arbeiter. Sie erhielten jedoch eine gründliche proletarische Abwehr. Die Polizei erschien sofort und nahm drei Arbeiter fest, obgleich feinerlei Verlegungen festgestellt werden konnten.

Der Wohnort für die oberleibliche Montanindustrie ist vom Arbeitgeberverband zum 30. September gefordert worden.

Die Vorschritte in Oberleibliche soll häufiger werden. Ein Messegelähmter Antrag ist bereits bei der Direktion gestellt worden.



# Genosse Litwinow über die Friedenspolitik der Sowjetunion

## Keine Paktverhandlungen mit Polen

Berlin, 29. August 1931.

Der Volskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Genosse Litwinow, der gestern auf der Reise nach Genf in Berlin eintraf, empfing am Nachmittag Vertreter der deutschen und ausländischen Presse. In seiner Erklärung trat Genosse Litwinow entschieden den Gerüchten über einen sowjetrussisch-polnischen Nichtangriffspakt entgegen, die in den letzten Tagen in Verbindung mit den französisch-russischen Verhandlungen verbreitet wurden und an der verschiedensten Dispositionen auch in der deutschen bürgerlichen Presse angeführt wurden. Genosse Litwinow erklärte kategorisch: „Diese Dispositionen waren vollständig überflüssig, da Verhandlungen überhaupt nicht geführt wurden.“

Welche Tatsachen stehen diesen Gerüchten gegenüber? Genosse Litwinow gab dazu den folgenden Überblick:

Am 2. August 1928, d. h. genau vor fünf Jahren, schlug die Sowjetregierung der polnischen Regierung vor, einen Nichtangriffspakt abzuschließen, und legte einen Entwurf über diesen Plan vor. Die polnische Regierung erklärte sich damals zu dem russischen Vorschlag negativ. Sie lehnte sich kategorisch nicht direkt ab, was in der diplomatischen Praxis fast immer der Fall ist, sondern machte den Abschluß dieses Paktes von Bedingungen abhängig, von denen sie im vornherein wissen mußte, daß sie von der Sowjetunion nicht angenommen werden konnten und die die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Polen nicht berühren. Da die polnische Regierung auf ihren Bedingungen bestand, kam es zu keiner Verständigung, und die Verhandlungen wurden schon im Jahre 1927 abgebrochen und von diesem Jahre ab nicht wieder erneuert. Das Gerücht, daß die Sowjetunion im Oktober 1930 ihren Vorschlag Polen gegenüber wiederholt hätte, ist eine glatte Fiktion.

Das Dokument, das vor einigen Tagen in Moskau durch Herrn Tschet (der polnische Botschafter in Moskau) überreicht wurde, bezieht sich wieder einmal die weitere negative Einstellung der polnischen Regierung dem Pakt gegenüber, da in diesem Dokument nicht nur die alten Bedingungen wiederholt, sondern auch neue gestellt wurden. Ich kann nur draufhin, daß die Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion kein Gegenstand der Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und dritter Staaten waren.“

Aus den erwähnten Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und Frankreich erklärte Genosse Litwinow, die Sowjetregierung hoffe in der aller nächsten Zeit auf Frankreich, „wo die Verhandlungen auf seine Schwärzezeit zu stehen“, in den Reihen der Staaten zu stehen, die die Vorschläge der Sowjetunion über den Abschluß des Nichtangriffspaktes angenommen und durchgeführt haben.

Zum Schluß äußerte sich Genosse Litwinow zur bevorstehenden Generalkonferenz der Völkervereinigungskommission, an der er selbst an der Spitze der Sowjetdelegation teilnehmen wird. Er erklärte:

„Man sollte glauben, daß unter dem Einfluß der Weltfriedensbewegung bereit wären, die Friedensschlichter der Sowjetunion zu unterstützen und zu vermittelten. Die Sowjetregierung läßt ihrerseits keine Gelegenheit vorbeistehen, um ihr aufrichtiges Streben, die politische Atmosphäre zu reinigen und die internationale Verständigung zu erreichen, nicht nur mit Worten, sondern mit Taten zu bezeugen. Zu diesem Zweck erklärte sie sich bereit, an der Völkervereinigungskommission teilzunehmen und schlug dort den Abschluß eines allgemeinen wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes vor. Unter diesem Nichtangriffspakt wird der Prüßelstein sein, um den guten Willen dieses oder jenes kapitalistischen Staates zu zeigen, die freundschaftlichen wirtschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion aufzuheben.“

Im Anschluß an seine Erklärungen beantwortete Genosse Litwinow die zahlreichen Fragen.

# Der Kapitalismus verwandelt die Erde in eine Wüste

# Millionen hungern, das Getreide verkauft

## Verminderung der Getreideanbaufläche in Argentinien um die Hälfte

Buenos Aires, 29. August. Wie die „Brenna“ meldet, ist nach den vollständigen Berechnungen, die jetzt im argentinischen Landwirtschaftsministerium vorliegen, die Verminderung der mit Getreide bebauten Ackerflächen im kommenden Erntejahr im Vergleich zum Vorjahre noch größer, als bisher angenommen wurde. Die Verminderung beträgt im ganzen über 1 1/2 Millionen Hektar. Davon entfallen auf Weizen allein 1 1/4 Millionen Hektar gleich 60 Prozent der vorjährigen Weizenanbaufläche.

Auf die einzelnen Getreidearten verteilt, beträgt die Anbaufläche bei Weizen 6,9, bei Weizenlaas 3,3, bei Hafer 1,4, bei Gerste 0,6 und bei Roggen 0,5 Millionen Hektar. Die Anbauflächen für Mais sind noch nicht bekannt, werden aber angesichts der gemittelten Fruchtbarkeit dieses Jahres ebenfalls fast herabgesetzt werden.

Wie dem obigen Vergleich ist unüberdächtig, daß in diesem Jahr in vielen Gegenden die Körnerernte wegen des katastrophalen Preisrückganges überhaupt nicht eingebracht worden ist und dem Vieh preisgegeben wurde.

## Kammolflanhan norhaken

New York, 28. August. Die Abgeordnetenkammer des Staates Louisiana hat beschlossen, ein Gesetz zu erlassen, das den ganzen Staat im Jahre 1932 zu unterjagen.

## Lachs zentnerweise verbrannt

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Kopenhagen, daß die norwegischen Fischportiere, um ihre Lagerbestände an Lachs zu vermindern und den Preis zu erhöhen, dazu übergehen, den Lachs zu verbrennen. So hat eine einzige Firma in der Provinz Rogde 300 Kilogramm Lachs verbrannt.

Begründet wird diese empörende Massenvernichtung von Lebensmitteln mit dem außerordentlich hohen Lachsfängen (1) in diesem Jahr und der Einstellung des deutschen Lachsimports aus Norwegen.

# England in der goldenen Schlinge

## Amerikanisch-französischer Milliardenkredit — Morgan zieht die Fäden

London, 29. August. Die mit Washington und Paris gepflegten Verhandlungen über die Gewährung eines Milliardenkredits für England haben zu einem Abschluß geführt. Das englische Schatzamt gibt darüber eine Mitteilung heraus, in der es heißt:

„Die Vereinbarungen mit Amerika gehen dahin, daß eine Finanzgruppe (unter der Führung von J. P. Morgan) im Bedarfsfalle englische Regierungsdollarwechsel in einem Betrag von 40 Millionen Pfund nicht überschreiten soll, annimmt. Mit Frankreich ist folgendes Abkommen erreicht worden: Ein Betrag bis zu 40 Millionen Pfund wird zur Verfügung gestellt werden, ein Teil davon in Form eines Kredits durch französische Banken, der andere durch Ausgabe englischer Bankwechsel an das französische Publikum. Der Kredit hat eine einjährige Laufzeit.“

Ueber die politischen Bedingungen, an die diese gemaltige Kreditaktion geknüpft ist, wird strenges Stillschweigen bewahrt. Jedoch läßt die maßvollere Beurteilung der außenpolitischen Aussichten der Regierung Macdonald-Baldwin mit Sicherheit

darauf schließen, daß England sich durch kontreäre Maßnahmen ins Schlepptau der französischen Außenpolitik bezieht.

Für die Außenpolitik des kapitalistischen Deutschlands verleiht die englische Karte damit einbüßig jeden Wert. Die britische Regierung steht völlig isoliert der Front der kapitalistischen Großmächte gegenüber.

## Die „Dialöyle“ für Macdonald

London, 29. August. Die Parlamentsfraktion der Konservativen, der Liberalen und der „Arbeiterpartei“ haben gestern zur Resolutionen Macdonald-Baldwin und zu den Vätern dieser Regierung Stellung

genommen. Die Konservativen und die Liberalen beschloßen, ihren Ministern das Vertrauen auszusprechen und die Regierung zu unterstützen.

Die Fraktion der „Arbeiterpartei“ nahm den Führer Macdonald als Führer der Parlamentsfraktion zur Kenntnis und wählte Henderson zu seinem Nachfolger. Die Fraktion beschloß im Sinne der gemeinsamen Entschlieung der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften durch „schäbliche Opposition“ den „Kampf“ gegen die Regierung Macdonald-Baldwin zu führen. In einem Presseinterview erklärte Henderson, es sei sehr wohl möglich, daß er entsprechend den bisherigen Regierungsbeschloßen die englische Regierung trotz der inzwischen eingetretenen Umbildung auf der Drillingkonferenz in Genf als Vorsitzender vertreten werde.

## Eisenbahnergeneralstreik in Portugal

Lissabon, 29. April. Die Aufstandsbeziehung in Portugal gegen die schäblichste Diktatur Carmonas ist gestern von neuem aufgeflammt. Das Hauptgewitz der Bewegung hat sich inzwischen von der Hauptstadt nach Nordportugal verjohben. Die wichtigsten Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen des Nordens haben sich den Aufständischen angeschlossen. Die Eisenbahner haben für ganz Nordportugal den Generalstreik proklamiert.

## Zwölf Todesurteile in Burma

### Der blutige Auftakt der Macdonald-Baldwin-Koalition

London, 29. August. Wie aus Rangun gemeldet wird, ist der Führer der Aufständischen in Burma, Zaxafan, zum Tode verurteilt worden. In einem weiteren Urteile gegen burmesische Aufständische, der in Tharabaddy stattfand, wurden elf Todesurteile gefällt. 18 Angeklagte wurden in die Verbannung geschickt; 8 Angeklagte wurden freigesprochen.

„Hören Sie mal!“ rief der Pfarrer.

„Ich selbst habe ihn heute leibhaftig gesehen — ich war einfach dort! Solort unterrichtete ich mich über alles! Der Kerl lebt als Haushalter bei dem Wirtsgast von Pomes — übrigens gut angezogen, mit neuem Anzug. Ich beilte mich, Sie zu benachrichtigen; denn bestimmt geht er doch früher oder später zur Ameliasinha nach Nicosa. Es liegt auf dem Wege zum Hause des Wirtsgast — Was meinen Sie dazu?“

„Ein tolles Viecht!“ schreute Amaro müde, reichte ihr die zwei Silberstücke, die sie erwartet hatte, und war eine Viertelstunde schon auf dem Weg nach Nicosa.

Sein Herz schlug hart, als er das gelbe Haus mit der breiten Terrasse erreichte.

Nach langen Wochen sollte er also endlich seine Ameliasinha wiedersehen! Er erregte sich schon der Gewank, daß sie ihm mit selbstschätzlichen Ausreden in die Arme finken werde.

Amaro kam in einen Salon mit gefädelter Eisenbede, in dem keine Möbel standen. Dagegen war der Boden zur Hälfte mit Bohnen bedeckt, die zum Troaden auslagen.

Verlegen schätzte er in die Hände.

Eine Tür öffnete sich. Einen Augenblick streckte Ameliasinha den Kopf hervor.

Sie war ungekämmt und nur mit dem Unterrock bekleidet. Sie lachte leise auf und schlug die Tür zu. Der Pfarrer stand trübsalig da und hielt seinen Gottenschein im Arm. Dabei fielen ihm die ungewohnten Begegnungen in der Rua da Misericordia ein.

Er wollte, schon ärgert, ein zweites Mal in die Hände schätzen, als Geruchschloß erklang:

„Oh! Herr Pfarrer! Traten Sie näher, Herr Pfarrer! Endlich, endlich! Senhora, der Herr Pfarrer ist da!“

Sie brachte ihn sofort in Donna Josephas Zimmer. In diesem gewaltigen Raum verbrachte die Alte spärlich ihre Tage auf einem winigen Kanapee, das verloren in einer Ecke stand.

„Oh, Donna Josepha, wie geht's? Wie geht's?“

Sie konnte nicht antworten, weil ihre Erregung einen Sufenanfall auslöste.

„Sie leben es, Herr Pfarrer!“ flüsterte sie schließlich sehr leich, „das Alter schleppt mich so langsam mit. Und wie geht's Ihnen, Hochwürden? Warum sind Sie nicht schon früher gekommen?“

# ECA DE QUEIROZ Das Verbrechen des Paters Amaro

Copyright Neuen Deutscher Verlag in Berlin W. 6.

22. Fortsetzung

„Nachlässigen fangen nicht um diese Stunde“, entgegnete der Vater. „Das ist eine Droffel. Schauen Sie, die steht keine Gabeln und hört keine Stimmen! Mit welcher Begeisterung singt der Schlingel!“

Vor diesem lästlichen Gemurmel packte Ameliasinha eine dieser Perlenkette, unter denen hübsche Frauen leben, und sie drück in Tränen aus.

„Nun, nun, was ist das?“, fragte der Abt bestürzt.

„Vertraulich, wie ein alter Freund nahm er ihre Hand und drückte sie.“

„Wie unglücklich bin ich!“ schloß sie.

Er antwortete ganz überflüssig:

„Dazu haben Sie keinen Grund! Welch ein Kummer, welche Unruhe Sie auch bekränken mag — als glückliche Seele haben Sie immer einen großen Trost zur Hand: Es gibt keine Sünde, die Gott nicht vergibt; keinen Schmerz, der es nicht lindert! Denken Sie daran! Sie dürfen Ihre Verzweiflung nur nicht für sich behalten — wenn ich Ihnen helfen darf und Sie beruhigen kann, brauchen Sie mich nur aufzusuchen.“

„Kann?“ fragte sie rasch — im Verlangen, unter den Schuß dieses heiligen Mannes zu kommen.

„Wann Sie wollen! Ich halte keine Troststunden ab, die nicht im immer offenen. Gott ist immer gegenwärtig.“

Am anderen Morgen, noch ehe die Mitternacht, ging Ameliasinha zur Tür.

Der Vater Amaro beendete seinen Mittagsessen. Da trat die Magd ins Zimmer und sagte, „eine Person“ sei da, „die den Herrn Pfarrer zu sprechen wünscht.“ So pflegte sie Dionysia anzudeuten.

Da sie sich wochenlang nicht hatte sehen lassen, ging Amaro neugierig hinaus. Vorläufiger ließ er die Tür hinter sich und rief die Kuppelrin auf den Flur.

„Große Neuigkeit, Herr Pfarrer: Sao Eduardo ist da!“

# SPD-Waffenlager aufgedeckt!

**Im sozialdemokratischen Berliner Parteifokal — Ein unzeitweiliger Erfolg der Polizeijagd**

(Eig. Meldg.) Berlin, 20. August.  
Wo die Polizei gehen bei den Kommunisten gesucht, da war sie nun angeschlossen. Die Polizei hat sie an einer der recht unerwarteten Stellen gefunden, nämlich bei dem Parteigenossen ihres Präsidenten Grzeschick, dem Gauwart Josef Matzka in der Dinnertstraße 30. In diesem sein sozialdemokratisches Fokal, wo fast nur SPD-Funktionäre, Reichsbanner und Schupo-Kollektive verkehren, wurden von der Polizei ein Browning, ein Karabiner, ein Seitengewehr und 79 Schußmunition gefunden. Nach anderen aus zugegangenen Mitteilungen sind die Polizeifunde in diesem Fokal noch viel größer gewesen. Matzka ist langjähriger Mitglied der sozialdemokratischen Partei, in jenem Fokal hängen ausschließlich Plakate vom Kaiser des „Vorwärts“ aus.

Er erfahren dazu aus zuverlässiger Quelle, daß es sich hier um einen Teil des Waffenlagers eines Schupo-Kollektivs gegen die Kommunisten handelt. Es ist nur ein Zufall, daß es entdeckt wurde. Denn tatsächlich lagern in fast allen Fokalen der Schupo-Waffen- und Munitionsbekände, die für den Kampf gegen die Arbeiter bestimmt sind. Wenn also der „Vorwärts“ und die ganze Reichspresse im gleichen Atemzug über die Waffen der Kommunisten brüllen, dann ist durch die unzeitweilige Ent-

deckung bei dem Gauwart Matzka der Beweis geliefert, daß die Sozialdemokratie ihre Terrorgruppen selbst bewaffnet.

Diese Tatsache allen Arbeitern bewußt gemacht zu haben, ist ein Erfolg der Polizeijagd.

## Verboten! Verboten!

„Arbeiterstimme“ Dresden wegen Streifenanforderung (Eig. Bericht.) Dresden, 20. August.

Die Freilassung der „Arbeiterstimme“ ist wegen Aufforderung zum Straßenbahntreue bei der Tagung am 1. September verboten, da nach Ansicht des Polizeipräsidenten die Streifenanforderung „die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ gefährdet.

Bei der Abfahrt Gandhis nach London kam es in Bombay zu schweren Zusammenstößen zwischen Gandhianern und Kommunisten.

In State Michigan in Nordamerika ist in einer der dortigen Jugendhäuser eine große Streifenrevolte ausgebrochen.

# Gegen die ADGB-Lohnräuber

(Eig. Bericht.) Frankfurt, 20. August.

Seit dem verhängnisvollen hier die ADGB eine Kundgebung im Hinblick des wegen in Frankfurt beginnenden 14. ADGB-Kongress, der große Saal im Frankfurter Zoo war voll. Der Reichsrat, Gewerkschaften, wurde von der Frankfurter Arbeiterstimme mit Begeisterung empfangen.

Folgende Tatkunde wird mit heller Empörung von den Sozialisten zur Kenntnis genommen: Der Frankfurter sozialdemokratische Polizeipräsident Steinberg, ehemals Gewerkschaftsangehöriger im Baugewerksbund, hat das Thema in der Kundgebung, „Die Lohnräuber kommen nach Frankfurt zum 14. Gewerkschaftskongress“ gestrichelt. Auch wurde von Steinberg eine von der ADGB angeführten Demonstration für heute abend 7 Uhr, abgelehnt.

## Was wird des Wunders?

Dienstag: Anfangs ruhig, früh hellenweise neblig, am Tage abnehmend heftig und im Süden des Bezirks des Saals und der Saale hellenweise etwas Regen.

Mittwoch: Kühleres und unbewölktes Wetter, waldschönlich.

Brandenburg: Gutes Wetter, für Politik, Lokales und Allgemeine. Die Betriebe und Gewerkschaften: Arbeit, Dursucht, und die Gewerkschaften.

# IV Führer durch die Geschäftswelt IV

Jörbina	Könnern	Eisleben	Hohemölsen
<b>Paul Müller</b> Kaufmann Hauptstraße 36 34355	<b>Emil Portte</b> Kaufmann Poststraße 27 33944	<b>S. &amp; M. Crohn</b> Das Haus der werktätigen Bevölkerung 33869	<b>Lebensmittel</b> A. Fricker, 193192 Weidenstraße 34
<b>R. Kaase</b> Lebensmittel Leipzig 11 Kurtzeil 5	<b>Karl Schreiber</b> Uhren, Goldwaren Schrappepare, Schallplatten 33956	<b>Essenwaren, Haus- und Küchengeräte</b> A. Tannenberg Gangelstraße 67 33869	<b>Billige Fleisch- u. Wurstwaren</b> F. Schuber, Weidenstraße 21 33870
<b>P. Schmidt</b> , Grünstr. 15 <b>Gruedekoks, Briketts</b> 34137 <b>Milchhandlung A. Marx</b> Schillerstr. 18 Lieferung frei Haus 34358	<b>G. A. Schürwiltz</b> Molkereiprodukte <b>Ludwig Eglmeier</b> Poststraße 33 33987	<b>Kaufhaus</b> Luthersstr. 14 33969	<b>Motor-, Fahrrad-, Ersatzteile - Reparatur</b> Kaufmann Hauptstraße 10 33870
<b>Möbelhaus Krieg</b> , Markt 17 Lastwagen für Deutsche 34139	<b>Bau- und Möbelschleiere</b> <b>Wilhelm Richter</b> Unt. Braunschweiger Str. 11 33988	<b>Trinkt Milch vom Milchhof Eisleben</b> 33873	<b>Hotel zum Preußischen Hof</b> Krausenstraße 12 33870
<b>Flaschenbier, Tabakwaren</b> H. Zwirner, Radegasterstr. 57 34141	<b>Friedrich Peau</b> Schneiseidacherei Poststraße 93 33952	<b>Butter, Eier, Käse</b> stets frisch und billig bei 33850 <b>Kranst. 9, Gartenstr. 1</b> Körnerstr. 14	<b>Kurt Ebeling</b> Kaufmann Hauptstraße 10 33870
<b>Lebensmittel</b> K. Wieke, Wilhelmstr. 19 34142	<b>Otto Jonas</b> Lebensmittel aller Art Eis und Apollin, alle Sorten 33161 Oder bei	<b>Butter, Eier, Käse</b> stets frisch und billig bei 33850 <b>Kranst. 9, Gartenstr. 1</b> Körnerstr. 14	<b>Cuxhavener Fischhalle</b> 19177 Lügner Str. 33910
<b>Klassenbewußte Arbeiter</b> decken ihren Bedarf nur im <b>Konsum-Verein</b> 33832 G. W. Thoden, Langestr.	<b>Reserviert</b> 33160	<b>Fleisch- u. Wurstwaren</b> <b>R. Weber</b> , Marktstr. 22 33821 <b>Blumen für Freud u. Leid</b> Gärtnerlei Günther, Inh. W. Gabmann 33352 Tietzenstr. 10	<b>Reinhold Ischner</b> Fabrikant - Spezialitäten Hauptstraße 10 33870
<b>Brotd- und Feinbäckerei</b> G. Thoden, Langestr. 33832	<b>Reinhold Ischner</b> Fabrikant - Spezialitäten Hauptstraße 10 33870	<b>Fleisch- u. Wurstwaren</b> <b>Bruno Lüdecke</b> Schneiseidacherei v. d. Vogel 7 33353	<b>C. Pleitz</b> Kaufmann Hauptstraße 10 33870
<b>Mehl-, Getreide- u. Futtermittelhandlung</b> <b>Wilhelm Rüde</b> Hauptstraße 10 33870	<b>Reinhold Ischner</b> Fabrikant - Spezialitäten Hauptstraße 10 33870	<b>Fleisch- u. Wurstwaren</b> <b>Bruno Lüdecke</b> Schneiseidacherei v. d. Vogel 7 33353	<b>Tabake, Zigarren, Zigaretten</b> aus billigen Preisen bei 33870 Hauptstraße 10
<b>Kind- u. Schneiseidacherei</b> 33834 Hauptstraße 10	<b>Reinhold Ischner</b> Fabrikant - Spezialitäten Hauptstraße 10 33870	<b>Fleisch- u. Wurstwaren</b> <b>Bruno Lüdecke</b> Schneiseidacherei v. d. Vogel 7 33353	<b>Restaur. u. Café</b> Werbis-Biergarten 33905 Rumbachstr. 16
<b>Billige Lebensmittel kaufen Sie im</b> <b>Hamburger Kaffee-Lager</b> Inh. Ernst Sal 9 1/2 Markt 33909	<b>Reinhold Ischner</b> Fabrikant - Spezialitäten Hauptstraße 10 33870	<b>Fleisch- u. Wurstwaren</b> <b>Bruno Lüdecke</b> Schneiseidacherei v. d. Vogel 7 33353	<b>Haus- und Küchengeräte, Spielwaren</b> <b>Paul Schulz</b> Inh. Dtm. Heilig Schults 33870
<b>Milch- u. Wurstwaren</b> Karl Lüdemann 33899	<b>Reinhold Ischner</b> Fabrikant - Spezialitäten Hauptstraße 10 33870	<b>Fleisch- u. Wurstwaren</b> <b>Bruno Lüdecke</b> Schneiseidacherei v. d. Vogel 7 33353	<b>Steinmetz &amp; Pommer</b> Herren- u. Knabenbekleidung Ulrichstr. 4 34139
<b>Wurstwaren, Feinbäckerei</b> <b>S. Wajel</b> , Hauptstraße 52 34134	<b>Reinhold Ischner</b> Fabrikant - Spezialitäten Hauptstraße 10 33870	<b>Fleisch- u. Wurstwaren</b> <b>Bruno Lüdecke</b> Schneiseidacherei v. d. Vogel 7 33353	<b>F. W. Glümann</b> Inh. Carl Kröger Wasserstraße 1 Billigste u. beste Einkaufsquelle für sämtl. Lebensmittel 34139
<b>Spart bei der Stadtparkasse zu Schkeuditz!</b>	<b>Reinhold Ischner</b> Fabrikant - Spezialitäten Hauptstraße 10 33870	<b>Fleisch- u. Wurstwaren</b> <b>Bruno Lüdecke</b> Schneiseidacherei v. d. Vogel 7 33353	<b>Schnellbeschl.-Anstalt</b> und Lederhandlung „Neptunus“, Bahnhofstraße 10 34139
<b>Herren-Konfektion</b> Hauptstraße 53 34086	<b>Reinhold Ischner</b> Fabrikant - Spezialitäten Hauptstraße 10 33870	<b>Fleisch- u. Wurstwaren</b> <b>Bruno Lüdecke</b> Schneiseidacherei v. d. Vogel 7 33353	<b>Herren- und Damen-Frisier-Salon</b> F. Scheffler, Kirchberg 34139
<b>Oswald Kuhn</b> Kaufmann Leipziger Straße 31 34088	<b>Reinhold Ischner</b> Fabrikant - Spezialitäten Hauptstraße 10 33870	<b>Fleisch- u. Wurstwaren</b> <b>Bruno Lüdecke</b> Schneiseidacherei v. d. Vogel 7 33353	<b>Konsum-Verein f. Gangerhaußen</b> und Umgegend e. G. m. b. H. Größte Konsumenten-Organisation im Bezirk Eigene Fleischerei, eigene Bäckerei, Raiffeisen-Zentralrat mit Weisenschaft, Kassenhandl., Niedrigste Preise bei Qualitätswaren! Jeder Proletarier möchte dem Konsum-Verein für Gangerhaußen und Umgegend als Mitglied angehören und dort seinen Bedarf decken!
<b>Schubhaus Franz Schirlitz</b> Größte Auswahl! Niedrigste Preise! Halleische Straße 12 33976	<b>Reinhold Ischner</b> Fabrikant - Spezialitäten Hauptstraße 10 33870	<b>Fleisch- u. Wurstwaren</b> <b>Bruno Lüdecke</b> Schneiseidacherei v. d. Vogel 7 33353	<b>Herren- und Damen-Frisier-Salon</b> F. Scheffler, Kirchberg 34139
<b>Konfektions-Maus Mildebrand</b> Billigste Bezugsquelle Leipziger Straße 40 34089	<b>Reinhold Ischner</b> Fabrikant - Spezialitäten Hauptstraße 10 33870	<b>Fleisch- u. Wurstwaren</b> <b>Bruno Lüdecke</b> Schneiseidacherei v. d. Vogel 7 33353	<b>Konsum-Verein f. Gangerhaußen</b> und Umgegend e. G. m. b. H. Größte Konsumenten-Organisation im Bezirk Eigene Fleischerei, eigene Bäckerei, Raiffeisen-Zentralrat mit Weisenschaft, Kassenhandl., Niedrigste Preise bei Qualitätswaren! Jeder Proletarier möchte dem Konsum-Verein für Gangerhaußen und Umgegend als Mitglied angehören und dort seinen Bedarf decken!
<b>Lebensmittel</b> <b>Hermann Richter</b> 34087	<b>Reinhold Ischner</b> Fabrikant - Spezialitäten Hauptstraße 10 33870	<b>Fleisch- u. Wurstwaren</b> <b>Bruno Lüdecke</b> Schneiseidacherei v. d. Vogel 7 33353	<b>Konsum-Verein f. Gangerhaußen</b> und Umgegend e. G. m. b. H. Größte Konsumenten-Organisation im Bezirk Eigene Fleischerei, eigene Bäckerei, Raiffeisen-Zentralrat mit Weisenschaft, Kassenhandl., Niedrigste Preise bei Qualitätswaren! Jeder Proletarier möchte dem Konsum-Verein für Gangerhaußen und Umgegend als Mitglied angehören und dort seinen Bedarf decken!
<b>Filiale Leunau-Dürrenberg</b> 34076	<b>Reinhold Ischner</b> Fabrikant - Spezialitäten Hauptstraße 10 33870	<b>Fleisch- u. Wurstwaren</b> <b>Bruno Lüdecke</b> Schneiseidacherei v. d. Vogel 7 33353	<b>Konsum-Verein f. Gangerhaußen</b> und Umgegend e. G. m. b. H. Größte Konsumenten-Organisation im Bezirk Eigene Fleischerei, eigene Bäckerei, Raiffeisen-Zentralrat mit Weisenschaft, Kassenhandl., Niedrigste Preise bei Qualitätswaren! Jeder Proletarier möchte dem Konsum-Verein für Gangerhaußen und Umgegend als Mitglied angehören und dort seinen Bedarf decken!
<b>Mohren-Apotheke</b> 34087	<b>Reinhold Ischner</b> Fabrikant - Spezialitäten Hauptstraße 10 33870	<b>Fleisch- u. Wurstwaren</b> <b>Bruno Lüdecke</b> Schneiseidacherei v. d. Vogel 7 33353	<b>Konsum-Verein f. Gangerhaußen</b> und Umgegend e. G. m. b. H. Größte Konsumenten-Organisation im Bezirk Eigene Fleischerei, eigene Bäckerei, Raiffeisen-Zentralrat mit Weisenschaft, Kassenhandl., Niedrigste Preise bei Qualitätswaren! Jeder Proletarier möchte dem Konsum-Verein für Gangerhaußen und Umgegend als Mitglied angehören und dort seinen Bedarf decken!
<b>Wächter</b>	<b>Reinhold Ischner</b> Fabrikant - Spezialitäten Hauptstraße 10 33870	<b>Fleisch- u. Wurstwaren</b> <b>Bruno Lüdecke</b> Schneiseidacherei v. d. Vogel 7 33353	<b>Konsum-Verein f. Gangerhaußen</b> und Umgegend e. G. m. b. H. Größte Konsumenten-Organisation im Bezirk Eigene Fleischerei, eigene Bäckerei, Raiffeisen-Zentralrat mit Weisenschaft, Kassenhandl., Niedrigste Preise bei Qualitätswaren! Jeder Proletarier möchte dem Konsum-Verein für Gangerhaußen und Umgegend als Mitglied angehören und dort seinen Bedarf decken!
<b>Rich. Thiele</b> Milch- u. Molkereiprodukte Liefer frei Haus Schkeuditz und Umgegend 34099	<b>Reinhold Ischner</b> Fabrikant - Spezialitäten Hauptstraße 10 33870	<b>Fleisch- u. Wurstwaren</b> <b>Bruno Lüdecke</b> Schneiseidacherei v. d. Vogel 7 33353	<b>Konsum-Verein f. Gangerhaußen</b> und Umgegend e. G. m. b. H. Größte Konsumenten-Organisation im Bezirk Eigene Fleischerei, eigene Bäckerei, Raiffeisen-Zentralrat mit Weisenschaft, Kassenhandl., Niedrigste Preise bei Qualitätswaren! Jeder Proletarier möchte dem Konsum-Verein für Gangerhaußen und Umgegend als Mitglied angehören und dort seinen Bedarf decken!
<b>Waiskeller</b> 34099	<b>Reinhold Ischner</b> Fabrikant - Spezialitäten Hauptstraße 10 33870	<b>Fleisch- u. Wurstwaren</b> <b>Bruno Lüdecke</b> Schneiseidacherei v. d. Vogel 7 33353	<b>Konsum-Verein f. Gangerhaußen</b> und Umgegend e. G. m. b. H. Größte Konsumenten-Organisation im Bezirk Eigene Fleischerei, eigene Bäckerei, Raiffeisen-Zentralrat mit Weisenschaft, Kassenhandl., Niedrigste Preise bei Qualitätswaren! Jeder Proletarier möchte dem Konsum-Verein für Gangerhaußen und Umgegend als Mitglied angehören und dort seinen Bedarf decken!
<b>Waiskeller</b> 34099	<b>Reinhold Ischner</b> Fabrikant - Spezialitäten Hauptstraße 10 33870	<b>Fleisch- u. Wurstwaren</b> <b>Bruno Lüdecke</b> Schneiseidacherei v. d. Vogel 7 33353	<b>Konsum-Verein f. Gangerhaußen</b> und Umgegend e. G. m. b. H. Größte Konsumenten-Organisation im Bezirk Eigene Fleischerei, eigene Bäckerei, Raiffeisen-Zentralrat mit Weisenschaft, Kassenhandl., Niedrigste Preise bei Qualitätswaren! Jeder Proletarier möchte dem Konsum-Verein für Gangerhaußen und Umgegend als Mitglied angehören und dort seinen Bedarf decken!
<b>Waiskeller</b> 34099	<b>Reinhold Ischner</b> Fabrikant - Spezialitäten Hauptstraße 10 33870	<b>Fleisch- u. Wurstwaren</b> <b>Bruno Lüdecke</b> Schneiseidacherei v. d. Vogel 7 33353	<b>Konsum-Verein f. Gangerhaußen</b> und Umgegend e. G. m. b. H. Größte Konsumenten-Organisation im Bezirk Eigene Fleischerei, eigene Bäckerei, Raiffeisen-Zentralrat mit Weisenschaft, Kassenhandl., Niedrigste Preise bei Qualitätswaren! Jeder Proletarier möchte dem Konsum-Verein für Gangerhaußen und Umgegend als Mitglied angehören und dort seinen Bedarf decken!

# Der „Arbeiter-Sender“

Ist die einzige proletarische Funkzeitschrift, die die ausführlichen Rundfunk-Programme veröffentlicht. Bezugspreis monatlich 96 Tg. einsch. Bestellg. Zu bestellen bei jedem Postamt oder beim Verlag: „Arbeiter-Sender“, Berlin SW 40, Heddenstraße 26.





# Aus der Arbeit der R.G.O.

## Delegierte zur Schachkonferenz der Mansfelder Betriebe!

Am 13. September, 2.30 Uhr, findet in Halle die Schachkonferenz für sämtliche Mansfelder Betriebe statt. Auf der Tagesordnung steht:

Der Kampf gegen weiteren Lohnraub in Mansfeld und warum unter Bergarbeiterverband?  
Wählt in allen Betrieben Delegierte! Die Delegiertenausweise ausgefüllt von den roten Betriebsleitern und den Betriebsgruppenleitungen der AGC.

Kumpels, jetzt handelt, geht keinen Lohnraub mehr zulassen! Entschloßen auf einen Kampf gegen die Schachkonferenz! Handelt über die Rolle der Streikführungsorganisationen hinweg! Entschloßen vor allem auch in der Lage der Arbeiter zur Konferenz!

Die vorbereitenden Kampfausschüsse des Metallarbeiterverbandes und des Metallarbeiterverbandes der AGC, Industriegruppe Bergbau

## Die Kumpels aus dem Schacht verlangen die Gehaltsliste!

Widerständiger Betriebsanwaltschaft statt Gewerkschaftsleiter in Schächten

U.R. Am Sonntag, dem 23. August, sollte in Eisenhausen das sogenannte Gewerkschaftsleiter der Lohnabrechnungsführer stattfinden. Die Reformisten hatten dazu schon wochenlang vorher durch Ausschüsse auf den Werken der Mansfeld-AG und in den Konsumvereinen die Arbeiter bekanntgegeben. Man hörte schon einige Tage vorher von Mitgliedern der freien Gewerkschaften: „Was müßt uns der Schachtmeister, wenn die Gewerkschaften den Lohnraub verhindern wollen?“

Am Tage des Gewerkschaftsleiters mußte man die Rechtfertigung machen, daß die Autos des Konsumvereins Samstags aus allen Teilen des Bezirgs die sogenannten Freigewerkschaftler heranzögen!

Was waren die Autos beim letzten Mansfeldstreik, und was war der Samstagsverkehr beim Mansfeldstreik gestern?  
Als die Demonstration stattfinden sollte, herrschte eine Empörung unter den Arbeitern, weil die Reformisten aus diesem Gewerkschaftsleiter einen Betriebsanwaltschaft organisiert. Ein Teil der empörten Kumpels blieb dem Aufruf fern. Man sah aber einigen gewerkschaftlichen Kumpels latente bekannte Kumpels: Eisenhauer, Konsumvereins, Erdarbeiter, Lagerhalter und so weiter. Die Gewerkschaften von Hülmenau u. Co. mußten sympathisch auf allen Gebieten des Mansfelder Bezirkes SPD- und Reichsbannerleute zusammenrufen, die Kumpels aus dem Schacht verlangen ihnen die Gehaltsliste.

Wären wir um so aktiver Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit als es sich herausstellt, wenn die Revolutionäre die Kumpels, Erfolgreicher, kämpfen entgegen, die unmittelbar auf der Tagesordnung stehen!

## „Bismarck-Proleten“ werden von SPD-Betriebsräten verraten

Das Vertrauen der Belegschaft zu den Verrätern schwindet — Sammelt die Massen unter Führung der RGO

U.R. Bereits seit dem 17. März 1930 arbeitet die Belegschaft der Grube Bismarck drei Tage in der Woche. Damals hatten die SPD-Betriebsräte die Frage, entweder Zustimmung von Seiten der Belegschaftsmittler für Drei-Tage-Arbeit oder Entlassung von 300 Belegschaftsmittlern. Man wählte das „letzte Mittel“ und machte als kauterhaltenen Betriebsräte der Belegschaft wie der Belegschaft den Vorschlag, drei Tage zu arbeiten. Zudem wurde noch aus „Solidarität“, wie es ein Schmierfink im „Hohofenbote“ berichtet, über 300 Mann entlassen!

Wohlgemerkt, der Betriebsausschuss (SPD) hatte auch diesen Entlassungsentscheidungen, um die Metallarbeiter des Betriebes zu erreichen!

Die Entlassungen langten aber noch nicht. Man ging dazu über, eine zweite Rationalisierung durchzuführen. Zu diesem Zweck fand eine Belegschaftsversammlung statt, die hier schließlich beschloß war. Diese Versammlung zeigte, daß die Kumpels mit der Handhabung der Rationalisierung, einwand nicht mehr einverstanden sind.

Der Sozialfaschist Kumpel hat einen Situationsbericht über die Lage der Grube Braunshausen (arme SPD-Wirten, wie weit sie die grulanten) und erklärte dann, daß die Belegschaftsmittler einer Entlassung von erneut 300 Mann oder für nur zwei Tage Arbeit pro Woche zustimmen sollten. SPD-Wirten, der immer das Sprungbrett der Betriebsräte ist, brachte abermals eine Entlassung ein, der Belegschaft den Vorschlag zu machen, zwei Tage zu arbeiten! Er begründete seinen Antrag damit, daß es immer noch besser sei, zwei Tage zu arbeiten, weil man immer noch etwas mehr habe, als die Wohnloshausenarbeiter und daß man sich nicht Schuldner des Staates zu sein braucht!

Auf zwei Tage Arbeit und weniger Lohn als die Eisenhauer. In der Nacht sprach gegen die Entlassungen und gegen die Rationalisierung. Er betonte, daß nur der Arbeiterkampf helfen werden kann mit Herabsetzung der Arbeitsebene bei vollem Lohnausgleich. Diefelbe Forderung vertrat Genosse R. schon im vorigen Jahr. Trotzdem schloß sich der Wohnloshausenarbeiter „Wohnloshausen“ unter Genossen. Damals lagte der Gewerkschaftsbesitzer Grube, Lohnausgleich ist eine treffende Forderung. Aber Lohnraub auf der ganzen Front, das ist die vernünftige Forderung derjenigen, deren soziale Frage gelöst ist.

Obwohl der Sozialfaschist Kumpel nur einen Situationsbericht sprechen hatte, zeigte einwandlos, daß die Belegschaft der rationalisierten Arbeiter. Kumpel selbst hat sich für die Rationalisierung der Belegschaftsmittler bedauerlicherweise. Kumpel erging sich dann nur in einer Personal- und AGC-Frage. Sogar das 3-Tage-Verbot in Auerbach er auf die SPD.

Der Kampf macht Schach, Proleten, mit der Lohnraub- und Entlassungspolitik der SPD-Betriebsräte, fordert die Belegschaft der Arbeiter mit Lohnausgleich, reißt auch ein in die einzige revolutionäre Gewerkschaftsorganisation, der RGO, und kämpft unter deren Führung.

## Berchierung

Am Rundschreiben zur Chemiefabrikung muß es auf der ersten Seite heißen: am 20. September.

## Chemiekonferenz Mitteldeutschlands

20. September in Halle

## Ein warnendes Menetekel:

# Lohnraub in der Steingut Viehla

## Reformistisches Verbrechen und kampfloses Zurückweichen der Belegschaft führen zum Untergang

U.R. Wie sich eine Belegschaft gegen einen Unternehmer trotz nicht verdienstvoll, dafür bietet die Steingutfabrik Viehla ein warnendes Beispiel. Obwohl dort der Tarifvertrag bis zum März 1932 läuft, hat die Direktion in enger Verbindung mit den reformistischen Betriebsleitern einen Lohnraub durchgeführt, der einen offenen Tarifbruch darstellt. Die Direktion ließ ein Zirkular herumgehen, in dem geschrieben stand:

Ab 1. September erhalten die Arbeiterhöher 7 Prozent, die Tagelöhner 5 Prozent und die Angestellten 10 Prozent weniger Lohn. Wer damit einverstanden ist, befähigt das auf dem Zirkular schriftlich. Wer nicht einverstanden ist, kann seine Papiere in Empfang nehmen.

Dieses unerwartete Schreiben hat kein anderer herumgetragen

## Jeden Tag werben!

Genosse, nicht locker lassen! auch dein Kollege ist zu überzeugen, er wird

## Klassenkampf-Leser!

## Faschismus in Reinkultur

Klassifizierte Ausbrennermethoden des Reichverbandes — eine Lehre für die Betriebsräger und hienberger Arbeiter

U.R. Eine Reihe hienberger Erwerbslose schickte man zum Deutscherband, der für 120 Erwerbslose auf sechs Monate Beschäftigung beim Arbeitsamt in Wittenberg angehalten hatte. Nachdem die Arbeit beim Deutscherband 3-4 Tage in Angriff war, verhandelte der gewählte Vertrauensmann mit dem Vorgesetzten Damm-Weiler Jude aus Protau und dem Beauftragten Beger, Remberg über Lohn und Zahlung. Zugelassen wurde den Arbeitern ein Stundenlohn von 60 Pf. Fortwählg sollte es Vorkommen gehen, und dann die Nachzahlung, wenn die Zufuhle vom Arbeitsamt oder von der Stadt Remberg bemittelt wurden. Die Leistungen der Arbeiter wurden von allen Seiten als sehr gut anerkannt. Sogar sollte es ein Maß Bier geben, so liebenswürdig war man.

Wer bald haben die Arbeiter, das hat nicht nur um 50 Prozent ihres Lohnes betragen werden sollten, sondern man kam mit offenen schuldigen Methoden: Unterdrückung um 50 Pf. Stundenlohn und jede Nachforderung ist ausgeschlossen.

Das wurde einmütig durch die Belegschaft abgelehnt. Fast jeden Tag kam man mit dem Revers, immer negebend.

Die Liebenswürdigkeit war weggefallen und die großen Versprechungen vergaßen, das Maß Bier gab es auch nicht. Alles hatte ein jähes Ende. Die Entlassungen waren fertig. Jede Betriebsratsliste und 12 Mann waren entlassen. „Rittmeister Guttmann hat befohlen“, laut Herr Jude.

So steht die Freundlichkeit und Liebe des Deutscherbandes in der Praxis aus. Die Arbeiter, die blieben, ließen ihren Kollegen in den Rücken. Die Betriebsvertretung sagte, weil es nicht um Streit kam, sofort gegen die zu Warten erfolgte Entlassung Beschwerte ein. Und heute steht nach zwei Terminen die Sache vor dem Arbeitsgericht in Wittenberg. Bezugs meinen, ein Tarifvertrag für die nicht in Frage. Die Arbeiter erklären, daß sie die Klage nur führen wegen Fortführung des Arbeitsverhältnisses und Zahlung des Tariflohnes.

Wir werden über den Lauf der Dinge weiter berichten. In diesem Fall kann man sehen, wie brutal man vorgeht. Erst Verlockung, Anreizung der Belegschaft, und dann die Anwendung der brutalsten Methoden.

Kollegen, hienberg in die RGO und in die SPD, nur das sind wirkliche Organisationskräfte zur Bekämpfung des Faschismus und nur diese führen den Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit. Mehrere entlassene Arbeiter der Ziehbauwerke.

## Der rote Betriebsrat darf nicht in den Betrieb

Fortgesetzte Schikanen der Betriebsleitung, Walters Hoffnung gegen den Genossen Beger, Stedten

U.R. Wir haben ein Betriebsrätegeheul. Das ist in der Verfassung der Betriebsräte. Das Geheul soll einen Betriebsrat bei der Ausübung seiner Funktion lähmen. Der Schach ist aber sehr unangehend. Unliebame Betriebsräte, und das sind nur die roten, werden schamlos, drangalieren, auf die Straße geworfen. Und nur, wenn die Maßnahmen nicht mehr nutzlos sind, werden sie, werden die Unternehmer dafür verantwortlich.

Ein recht drückendes Beispiel dafür bietet der Fall des Genossen Beger von Walters Hoffnung. Ein Jahr wird schon diesem Betriebsrat der Betrieb gesperrt. Dreimal hat Genosse Beger seine Klage gegen das Werk genommen. Die Betriebsleitung hätte eine Maß sollte Beger die Arbeit vernachlässigen haben, das andere Maß sollte er die Belegschaft zum „wildem“ Streik aufgehet haben. Wie die Betriebsleitung, um Blamierten sich auch die Sozialfaschisten. Sie leiteten dem Unternehmer Lafaidienziele.

In Frühjahr wurde zum Beispiel der Genosse von dem reformistischen Wohnloshausen hergehoben als Kandidat der roten Einheitsliste gewählt. Beger wurde nicht wählbar, so meinte die Kette. Anlässlich des Streichens von der Liste, kündigte man dem Genossen am 27. März. Beger erhob Einpruch gegen die Kündigung. Der reformistische Betriebsrat lehnte den Einpruch ab! Wiederum kam es zur Klage vor dem Arbeitsgericht. Heute, nach fünf Monaten, am 25. August, wurde vor dem Arbeitsgericht der Einpruch Begers wiederum in Recht erkannt. Die Grube Walters Hoffnung wurde zum roten Maß verurteilt.

Es muß den Lohn bis zur Wiedererrichtung sofort nachzahlen. Ab 4. April 1931 also, das weiteren die Deputationskosten liefern, die dem Genossen zuzuführen.

Einem Tag nach Urteilserkundung schickte die Betriebsleitung den ausgelagerten Betrag dem Genossen Beger ins Haus und

als der reformistische Betriebsrat (!) und die gesamte Belegschaft hat untergeordnet. (!)

Trotz der Unterwerfung ist aber die Empörung im Betrieb außerordentlich groß. Die Arbeiterhöher hatten bis jetzt pro Stunde 74 Pf. jezt haben sie 68 Pf. in 45 Stunden Arbeit, macht einen Betrag von 32,74 Mark pro Woche. Davon gehen aber ab: 6,67 Mark an den üblichen Abzügen und 10,88 Mark für zwei Feiertagen, so daß ein Nettolohn von 15,12 Mark bleibt. Der Durchschnittslohn der Arbeiterhöher beträgt 14 Mark pro Woche!

Die Mädchen im Betrieb die jüngsten, erhalten nach dem Sportentgelt Abzug 11,4 Pf. pro Stunde und bei 45 Stunden also 5,17 Mark, Abzug 0,67 Mark für soziale Beiträge, macht einen Nettolohn von 4,50 Mark pro Woche. Werden Feiertagen eingelegt, dann wird es noch weniger!

So geht es den Proleten denn die Lohnraub buben. Der Besondere und Hauptfehler des Fabrikbetriebers ist, anders, der Reiner Arbeiter, wurde vor der Firma ins Angelegenheitsverhältnis übernommen (!) für die Belegschaft kann es nur eines geben, nämlich die schändlichen Bedingungen der Unternehmer hilflos zu machen. Hier hilft nur noch Streik für die Zurückeroberung des alten Lohnes. Bei diesen Verhandlungen kann niemand existieren. Die reformistischen Betriebsräte haben mit der Heranzugung des Fiskus eine unerhörte Verbrechen an der Arbeiterklasse begangen. Nur, wenn die Belegschaft ihre freien Kollegen an die Spitze stellt, einen wirklichen Kampfausschuss macht, wenn sie mit allen Kräften hinter ihm steht, dann wird sie Erfolg haben.

gleichzeitig — einen neuen Entlassungsplan! Als Grund der Entlassung wird dieses Maß „Sozialfaschismus“ angegeben. Eine Sache, die genau so konstruiert ist, wie die vorhergehenden Verträge gegen das Betriebsrätegeheul. Die Verlesung wird auch diesmal den Arbeitern sieben.

Über das meiste für die Belegschaft ist doch, daß der rote Betriebsrat, zu dem die Belegschaft Vertrauen hat, einmütig durch die Schikanen der Betriebsleitung seinen Austritt aus dem Betriebsrat erklärt. Gegen solche brutale Methoden muß sich die Belegschaft zur Wehr setzen. Kumpels von Walters Hoffnung, hienberg in die RGO, kämpft mit allen Mitteln gegen die unerhörten Mißstände im Betrieb! Kämpft gegen Lohnraub und Entlassungen!

## Die RGO markiert in Golpa-Zhornowitz

Auch der wohlbeliebte Betriebsratsbesitzer Martin aus Halle kommt ohne Folge nicht mehr aus

U.R. Immer tiefer ins Elend, in eine unentzählige Lage sind die Arbeiter des Kraftwerks Zhornowitz und der Grube Golpa mit Hilfe der Gewerkschaftsleiter gekommen. Genauer gesagt, wollen die Elektrowerke im Kraftwerk die 42-Stunden-Woche und haben natürlich einen Lohnraub durchführen. Die reformistischen Betriebsräte geben dazu ihre Zustimmung.

Als am Sonntag, dem 23. August, eine Versammlung des Verbandes der Maschinen und Feiger stattfand, hatte sich unter der Verbandsvorführung ein sehr harter Kampf um die Verbands-

## Rote Betriebsräte u. Vertrauensleute von Halle!

Am Dienstag, dem 1. September, um 20 Uhr findet im Lokal Otto Albrecht (Promenaden-Neulandau), Unterdrückung, eine Betriebsrats- und Vertrauensleute-Versammlung statt. Kein Genosse darf fehlen. Jeder muß sich der vollen Verantwortlichkeit seiner Funktion bewußt sein.

Ortskomitee der RGO Halle

leistung bemerkbar gemacht. Der Ronge Martin aus Halle hatte sich vorher von seinem Freund Baudt (sozialfaschistischer Zimmerarbeiter) politische Schutz gekauft, um eventuelles Eingreifen oppositioneller Kollegen zu verhindern. Der Ronge Martin hätte sich selbst an den Sanierung. Kollegen, die keines Erachtens oppositionell und trotzdem Verbandsmitglieder waren, ließ er einfach nicht in die Mitgliederversammlung. Die Kollegen, die sich dennoch einfach in die Versammlung mischlichen wollten, ließ dieser „Gewerkschaftspsychiatr“ mit der Folter brennen.

Und trotzdem fand die Mehrheit der Kollegen in der Opposition gegen den Ronge Martin und seinem Schmarotzer.

Es ist auch in Zhornowitz-Golpa die Erkenntnis herangereift, daß die Arbeiter ihre elende Lage nur durch Kampf verbessern können. Darum die Rat der Sozialfaschisten. Kumpel verbot der Sozialfaschist Baudt ein mit dem roten Betriebsrat einberufene Betriebsratsversammlung, may er noch nicht einmal durch Notverordnungen ein Recht hat.

## Naumburger Bauarbeiter wollen den Weg der Opposition gehen

U.R. Der jährliche Kampf der Revolutionären Gewerkschaftsopposition hat auch im Bauergewerkschaft Naumburg weitläufige Fortschritte gemacht. So wurden jezt nach einer längeren grundsätzlichen Debatte über die Taktik der Gewerkschaftsführung eine Reumahl des Vorstandes vorgenommen, wobei die Opposition einen vollen Erfolg davon trug. Der Genosse Köhling hand bei der Wahl dem sozialdemokratischen Kollegen Hermann gegenüber.

Genosse Köhling erhielt 28 Stimmen, der Kollege Hermann 16. So waren in der Versammlung nur drei Kommunisten zugegen. Die Stimmen, die sich auf den Vertreter der Opposition bezogen, umfassen partei- und sozialdemokratische Arbeiter.

Es handelte sich bei der Wahl nicht um eine „Reform“ im „Wahl“, sondern um eine klar gewerkschaftspolitische Entscheidung. Die Bauarbeiter haben sich für den Weg der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, für den Weg des Kampfes entschieden. Demnach wird eine Versammlung stattfinden, zu der ein Verbandsausgeschuß angefordert wird und der dem Willen der Mitglieder gemäß zu sprechen hat über das Thema: „Die politische Lage und der Weg der Gewerkschaften in der Zukunft.“







# NSDAP ohne Maske

Wir haben an dieser Stelle bereits festgestellt, daß die Parteiführer der NSDAP ihr am 25. Februar 1920 beschlossenes und durch die Parteitagung für „unabänderlich“ erklärtes Programm radikal preisgegeben haben. Ihre einzige Programmpunkte ist jetzt ein einziges Kommando: die Schaffung des zusammenfassenden Prätotalitarismus. Zugleich hatten wir festgestellt, daß noch zu der Zeit, als die Demagogen der NSDAP auf ihr Programm die Verklammerungen — jedoch, sie in Wirklichkeit sich als die gewählten Diener der Monopoll- und Finanzkapitalisten bedienten, hatten sie doch noch eine gewisse Hege gegen die Hauptinhaber der Weltanschauung in diesen Millionen-Partei-Subventionen bewahrt. Das Ergebnis dieser Subventionierung war schon im voraus klar: Den Arbeitern wurde es dadurch auch nicht um ein Haar besser. Ihre Löhne wurden abgebaut. Es kam so, wie es die Kommunisten vorausgesagt hatten.

Heute wollen wir ein Bild weitergeben und darlegen, daß die NSDAP nicht nur ihr Programm aufgegeben hat, nicht nur sich als eine offen faschistoide Partei eingestuft hat, sondern darüber hinaus von Tag zu Tag offener die Politik der Brüninge — und das ist auch die Politik Goebbels und Brauns — unterstützt. Sie wollen, ohne die Kommentator Lasten zu sprengen lassen.

Am Juni 1931 fand in Düsseldorf eine Tagung der Großindustriellen statt, an der u. a. Thyssen, Duisberg, Reichow, Lehmann, die Herrschaften (berichten von der Regierung „ganze Arbeit“ und prägen den Satz: „Wir müssen uns emporkämpfen“, wobei sie mit dem „Wir“ das Volk, aber nicht die Arbeit gemeint hatten. Im nächsten Tage schrieb die in Offen erkrankende nationalsozialistische „Nationalzeitung“ in einer Benennung über den Verlauf der Tagung:

„Zum ersten Male seit langen Jahren hat sich auf der Wirtschaftstagung in Düsseldorf ein Anstoß zu dem gewagt, was der Nationalsozialismus zum ersten Male seiner Gründung erstrebt und was ihm als unerrätliches Ziel vor Augen schwebt. Wir sind uns bewußt, daß die jahrelange Aufklärungsarbeit Adolf Hitlers jetzt anfängt, die Wirkung zu zeigen, so wie in den heutigen Volk am meisten die Wirkung zeigen mußte. Die Dülferörter Tagung gibt uns die Gewißheit, daß der Tag kommen wird, an dem die Masse unserer Volksgenossen Adolf Hitler und uns begreifen und ihm Gehorsam leisten wird.“

Inwieweit der Ministerkonferenz in London gab Hitler und Augenberger unter der gemeinsamen Flagge der „nationalen Opposition“ der „nationalen Zeitung“ „Nationaler Press“ eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

„Die Rechte (gemeint ist die „nationale Opposition“) erkennen die prinzipiell wirtschaftlichen Verpflichtungen an, die dem Auslande gegenüber eingegangen sind. Gelingt es nicht, die jetzige Finanzkrise zu einer Gesundungsstrategie zu lassen, dann haben wir in Deutschland den Bolschewismus. Der Bolschewismus aber ist eine Pest, die an den Grenzen Deutschlands nicht halt macht.“

Der Berliner „Wagriff“ schrieb am 12. August zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht:

„Fast unbemerkt von der großen Öffentlichkeit ist mit dem 1. August der freiwillige Arbeitsdienst eingeführt worden. Es handelt sich um eine kleine, aber wichtige Sache, doch ist es, was man vor dem Nichts sieht, stets als Maßnahme anzusehen muß, die wir seit 10 Jahren vertrieben haben. Wer hat die Einführung einer allgemeinen deutschen Heimdienstpflicht gefordert? Was waren wir? Daran ändert auch nichts, daß man nationalsozialistische Ideen „aufwert“ und „umformt“, wenn man sie braucht. Wie haben jedoch zugleich mit Hitler begonnen, daß unsere Seelen im Spiele der Kräfte zu wirken beginnen.“

Als nach dem Ausbruch der akuten Finanzkrise die Brüning-Regierung beschloß, den Großbanken mit Millionen von Mark Geld zum Begünstigen, schrieb der „Völkische Beobachter“ am 23. August:

„Wenige oder Nacht ist also die Forderung, die im Mittelpunkt des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms steht und deshalb bis heute von der ganzen jüdisch-demokratischen Einzelstrolche als „Jehovah“ bekämpft wurde, sogar von einer hohen Reichsregierung als berechtigt und notwendig anerkannt worden. Wir stellen also auch in diesem Punkte wieder die reifliche Niederlage der sozialistischen Parteien, diesmal auf wirtschaftspolitischem Gebiet, fest.“

Und nun die Zeitschrift des „Völkischen Beobachters“ zu den Hauptfragen der Kommunisten, die wir bereits erwähnt hatten:

„Was ist denn an den Forderungen des Reichsoberster Ratierlei von Bedeutung zu sein. Einmal keine demagogische offene Schändung des uns von uns stets schon vorausgesetzten kommenden deutschen Bundesministers, und zum zweiten kein Eingeständnis, daß die größte innere Gefahr für Deutschland (und für ganz Europa) der Kommunismus ist. Und nun die Frage: Wo stehen wir mit diesen reiflichen jüdisch-demokratischen Forderungen der Reichsoberster Ratierlei, die nationalsozialistischen Wagnisse gemeinsamer anständig bedingt.“

Und nun die Frage: Wo stehen die NSDAP-Demagogen das Geld her, um die Forderungen der Reichsoberster Ratierlei zu unterstützen? Entfallen zu können? Natürlich von den Unternehmern. Sie leugnen es zwar, doch Beweise sind genügend vorhanden. Hier ein weiterer: Ein Rundschreiben der Reichsleitung vom 20. Juli 1931, herausgegeben von der Dr. G. B. 2. Wirtschaftspolitische Abteilung, unterscheidet von dem für diese Abteilung verantwortlichen Dr. Wagner. Wir zitieren eine charakteristische Stelle:

„Uns ist keinesfalls bekannt geworden, daß von Seiten einzelner Verantwortlichen die wirtschaftspolitischen Vereinigungen von Bezug beizubehalten, um dementsprechend für irgendwelche Zwecke zu bekommen. Ich stelle fest, daß nur die Gewerkschaften in der Lage ist, innerhalb ihres Reiches Sammlungen durchzuführen. Demnach können auch innerhalb der Mitgliedschaft solcher wirtschaftspolitischer Vereinigungen nur auf Anforderung des Bundes-Beschlüssen gemacht werden. Sollten andere Verantwortlichen solche Sammlungen vornehmen, so bitte ich umgehende Mitteilung jedes einzelnen Falles. Es muß gerade innerhalb der Wirtschaft unter allen Umständen vermeiden werden, daß falsche und unrichtige Angaben und irgendwelche mehr oder weniger einschüßlichen Reklame Sammlungen vornehmen. Die Folge davon ist nur, daß die Verantwortlichen der Wirtschaft ruhig werden und mit der Zeit überhaupt davon abkommen, Mittel zur Verfügung zu stellen.“

Sie hier also ausdrücklich bestätigt, daß Verantwortlichkeiten der Wirtschaft die Kapitalisten finanzieren. Denn sonst wäre die Ablehnung zur Organisation der Geldbeiträge von „Wirtschaftskreisen“ völlig sinnlos.

So ist das Bild abgerundet: marxistische Thesen und angeblicher Kampf für die Interessen der Werktätigen, von einer angeblichen Organisation der Wirtschaft — in Wirklichkeit die Kapitalisten, die in der Wirtschaft im Dienste des Kapitalismus, das heißt des Kapitalismus, die nur einen Feind kennen: die revolutionäre Arbeiterklasse. Und diese Leute wollen nun gegen die Sowjetunion zu sein, die die Sowjetunion und den Kommunismus in den Augen der Massen zu beschützern, heißt diesen Demagogen und Selbstbetrügern die Nase zum Gefäß!

# Stahlhelm heßt gegen Sowjetrußland

### Unverkümmte Lügen der „Stahlhelm“-Zeitung über die Verhältnisse in der Sowjetunion

In der letzten Nummer der Bundeszeitung „Der Stahlhelm“ vom 23. August wird die Demagogie der Sowjetrußland über die Verhältnisse in der Sowjetunion preisgelegt. Die Selbst- und Dämonsterg haben erkannt, daß das praktische Beispiel des Sozialismus auf einem Schiffe der Erde eine Gefahr für den Kapitalismus aller Länder ist. Die hungernden und darbenenden Massen der kapitalistischen Länder bilden nach Osten und Süden, daß es dort nach der Enteignung der Industriellen, Großgrundbesitzer und Finanzkapitalisten, nach der Übernahme der politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Hände der Arbeiterklasse möglich wurde, allen Werktätigen Brot und Arbeit zu geben, den Wohlstand des Lebens zu geben. Und die hungernden und darbenenden Massen der kapitalistischen Länder sind immer mehr geneigt, dem Beispiel des russischen Volkes Folge zu leisten ...

Was ist man also? Man verurteilt. Man behauptet wider besseres Wissen, daß in der Sowjetunion Hunger und Not, Unterdrückung und Terror herrschen ...

Die Stahlhelmszeitung widmet der Sowjetunion eine ganze Seite. Hier einige Kostproben daraus:

## Unser Großwerbetag

Am geizigen Sonntag waren unsere Genossen in allen Orten unterwegs, um neue Abonnenten für den „Klassenkampf“ und neue Kämpfer für den Kommunismus zu werben. Sie hatten zum Ziel sehr gute Erfolge zu erringen. Ein abschließendes Urteil kann heute noch nicht gegeben werden, weil ein Teil der Meldungen noch aussteht. Da wir morgen die Kontrolltabelle veröffentlichen werden, die den Stand der Werbung in den einzelnen Unterbezirken anzeigt, fordern wir alle Reichsteiler auf, das Ergebnis der bisherigen Werbung (soweit es noch nicht geschieden ist) dem Berlag mitzuteilen.

Nachstehend einige Teilergebnisse:

**Sangerhausen.** Am Sonntag wurden für den „Klassenkampf“ 4 Abonnenten gewonnen. Insofern hat die Diszipliner Sangerhausen nach dem Wiedererschienen des „Klassenkampf“ 7 neue Leser und 12 Aufnahmen für die Partei gemacht. Im Material wurden 100 Exemplare des „Klassenkampf“ und 190 Broschüren verkauft. Die Werbung geht weiter.

**Salzwehen:** 8 Leser, 3 Parteiaufnahmen.  
**Salz-Eib:** 3 Leser.

in Deutschland. Ich frage: Gibt es in diesen Häusern „Brot“, „Fleisch“, sagt sie. „Aber gibt es viele Arbeiter. Zweimal gegeben: denn erstens wollen die Leute keine Arbeiter. Und zweitens gibt es so wenig Arbeiter wie Brot. Man beiben ist nach Hunger und Qual nur soviel da, daß einmal nicht der Hunger und zum andern Mal nicht der Rüssel eintritt. Man schämt sich fast, seinen Hunger zu haben und nicht zu frieren ...“

Es dämmert draußen gar. Kalte Nachtluft. Die Laternen brennen noch und die Sterne glimmen am Morgenhimmel. Wie haben sich gelächelt. Es ist fast noch fünf Uhr. Über dem Hofen Frauen, denen der Frost den Rücken entlang kriecht, vor den staatischen Verkaufsstellen für Brot. Jemand, immer wieder: Brot! Die letzten werden bis Mittag stehen. Wenn der Borral reicht und sie inschlafen nicht umgallend sind, werden sie für den Mittagzeit mit neuerer Hand ihre Brotkruste in den Schalter reichen und mühselig Stück empfangen, daß sie bis zum nächsten Tage leben können ...

Was man durchsichtlich an Militär sieht, ist offensichtlich — aber eben erst mal offensichtlich, das heißt: einer tut das schlecht und recht, was sich eigentlich tun sollten. Oder auch: sein verdammt das, was einer tun könnte. Immerhin ist das Militär auskömmlich gefüttert und füttert nicht zu hungern. Am außerordentlichen Ruhstand sind jedoch herrliche Höfen, Anordnung und feste Verleumdung keine Feindschaft. ... Es kommt noch hinzu, daß die Meinung für die Richtigkeit des Staatsaufbaus in den Sowjetrußland kaum dadurch gefördert wird, daß sie ihre Vater vertrieben oder verdrängt werden ...

Selbst den gewählten Führer des Weltproletariats, den Genossen Lenin, mag die Stahlhelmszeitung zu beschuldigen. Sie behauptet schamlos, daß Lenin ein „Diktator“ war, dessen Politik im Grunde allen kommunistischen Grundgedanken widersprach ...

Wir können den Stahlhelmschreibern verzeihen, daß ihre Hoffnungen auf eine Unverwundbarkeit der Roten Armee auf Sand gebaut sind. Die Rote Armee, das gesamte russische Volk wird wie ein Mann kein Wasserland verteidigen. Sollen es die imperialistischen Länder einmal wagen, die Sowjetunion anzugreifen, so werden ihre eigenen Wunden erleidet. Denn die Sowjetunion wird nicht nur von der Roten Armee, nicht nur von dem gewaltigen russischen Volk, sondern auch von den Arbeitern aller kapitalistischen Ländern mit allen Mitteln verteidigt werden.

Die Stahlhelmschreiber wollen mit ihren eigenen Augenartikeln eine Programmierung gegen die Sowjetunion und gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung überhaupt erzeugen. Das wird ihnen nicht gelingen. Je tiefer die Krise und damit die Not und das Elend in den kapitalistischen Ländern, desto wichtiger sind die Verleumdungen des russischen Weltproletariats, desto umfasser die Erkenntnis breiter Volksschichten, daß der Kommunismus die einzige Rettung ist.

## Rote Hilfe im Vormarsch

Die Antwort der Werktätigen auf den faschistischen Terror, auf das Wüten der Jüdisch besteht in dem Einsetzen immer größerer Arbeitermassen in die Organisation der Roten Hilfe Deutschlands. Wie Berichte der Sozialpolitik, die revolutionäre Bewegung zu infamieren, die maßlose Hebe der Sozialfaschisten gegen die Arbeiterklasse schlagen in das Gegenteil dessen um, was sie begehren sollen.

Die Rote Hilfe Deutschlands, deren Halbjahrsbericht jetzt vorliegt, hat die Zahl ihrer Einzelmitglieder vom 1. Januar bis 30. Juni 1931 von 295.000 auf 251.456 steigern können. Die Zahl der Diszipliner wurde im gleichen Zeitraum von 2019 auf 2413 erhöht, die Zahl der Funktionäre von 12.560 auf 18.700, die Zahl der kollektiv angeschlossenen Organisationen und Betriebe von 909 auf 1540, womit die Zahl der kollektiv angeschlossenen Mitglieder die halbe Million überschritten hat. Damit hat die Rote Hilfe Deutschlands über eine

## Wieder eine Zahlungseinstellung

Die Korrespondenz meldet aus Salzwehen: Die Firma Gebr. Reinecke a. G. m. b. H. in Halberstadt hat ihre Zahlungen eingestellt. Schon seit langem hat sich auf dem ausgehenden Hofhof der Firma das frühere Bild verändert; statt der Riesenkapital von Holz, Brettern und Säulen usw. waren die Höfe perdet. Der Stillstand auf den

Wormarkt hat auch hier großen Schaden angerichtet. Die Holzhandlung Gebr. Reinecke gehörte zu den ältesten im weiten Nordbayerer Umkreis.

## Ein Tropfen auf den heißen Stein

Burg. Gemäß einem Antrag der Stadtratsordner, für die bedürftigen Wohlfahrtsfamilien noch in den Sommermonaten Mittel zur Brennmaterialienbeschaffung zur Verfügung zu stellen, hat der Magistrat beschlossen, 10.000 Semester Kohlen für bedürftige Familien (Wohlfahrtsfamilien und Sozialrentner) zur Verteilung zu bestellen. Da für die Verteilung etwa 2000 Familien in Frage kommen, entfallen 5 Semester auf die Familie.

## Was das nicht echter „Adel“?

Wegen Mißfallbetrages, verlustigen Betrages und Führung eines falschen Namens angeklagt, wurde vom Schöffengericht Weingarten der 28 Jahre alte Wirtschaftsgeld Hans Grieb auf Rehan an der Orlise zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrenstrafenverbot verurteilt. Grieb hatte in Jauch bei Hohenmölsen bei einer Gutbesitzerstimmte Stellung gefunden. Der Frau hatte er erzählt, er heiße gar nicht Grieb, sondern er sei ein Baron von Erff. Im Krüge sei er Oberleutnant gewesen. Dann habe er als Angehöriger einer Heilmittelinformation einen Hemorrhoid begehnen, weshalb er sich einen falschen Namen geben auflegen müssen. Er sei zwar sehr vermögend, müsse aber das Geld, das er geerbt habe, erst einlagern. Nach einer Randwittmitte in Hohenmölsen band er daselbst Wärschen auf. Er brachte es schließlich so weit, daß ihm die Frau Darlehen zu angeblichen Gerichtsfolgen in Höhe von 4700 Mark gab, womit er jedoch verurteilt.

Von der Wogenflappe erschlagen. Ein bedauerlicher Unglücksfall trug sich in Orlise zu. Der 12jährige Sohn des Kaufmanns Hilber hatte sich, ohne daß der Vater es merkte, an den Wegerwagen gehängt, als der Vater den Wagen aus der Garage fuhr. Wohl infolge einer Erschütterung löste sich die hintere Wogenflappe und drückte den Knaben an dem Erdboden. Mit schweren inneren Verletzungen wurde der Knabe in das Krankenhaus gebracht, wo er nach einer sofort vorgenommenen Operation starb.

Ernte von 150 Morgen durch Großfeuer vernichtet. In der massiven Scheune des Landwirts Niepitz in Siepel brach aus noch nicht ernteter Ernte Feuer aus. In der Scheune brannte man sich die Wehren hätte, konnten aber nicht verhindern, daß die Scheune völlig ausbrannte. Die Ernte von 150 Morgen Korn, Stroh und Heu, ist vernichtet.

Gesellen dienen abgebrannt. Der in der Nähe des Bahnhofs in Beilte lebende Diener der Gutserhaltung Heintzschdorf, der die Gesellenrente von 30 Morgen enthielt, wurde abends ein Dieb der Flammen. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, daß in der Nähe liegende Holz „Waldtritten“ vor dem Übergreifen des Brandes zu sichern. Der Schaden soll nur zum Teil durch Versicherungen gedeckt sein.

# Reichsrat

Montag, den 31. August.

## Kein Angebot gemacht

N. A. Meldungen. Die Zwangsversteigerungen hielten sich am 27. August wie vorgestern ab. Die Höchstpreise wurden nicht erreicht, sodass keine weiteren Angebotsverfahren notwendig sind. In einigen Fällen wurde jedoch ein Angebot gemacht, das aber nicht angenommen wurde.

Die weiteren Versteigerungen sind für den 28. August angesetzt. Es wird erwartet, dass die Preise in diesem Bereich ebenfalls nicht an der Spitze sein werden.

## Merseburg-Querfurt Disziplinarverbot

N. A. Scheidlich. In der vorigen Woche tagte eine Mitglieder-versammlung des Reichsbanners bei der ein Disziplinarverbot mit dem Kommunistenführer erlassen wurde. Der Verstoß gegen die Disziplin wurde durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Reichsbanners festgestellt. Während der Versammlung wurden auch politische Erörterungen durchgeführt, die jedoch als unangebracht angesehen wurden.

Die Disziplinarmassnahmen wurden als notwendig angesehen, um die Einheit und die Kampfbereitschaft des Reichsbanners zu gewährleisten.

## Abermals Nazifläche in Franleben

N. A. Franleben. So wie die Nazis in den Städten an Einfluss immer mehr verlieren, so geht es jetzt auch auf dem Lande mit ihrer Bewegung. In Franleben wurde am 27. August ein weiterer Naziflächenfall festgestellt. Die Nazis versuchten, einen öffentlichen Versammlungsort zu besetzen, was durch die örtlichen Behörden verhindert wurde. Die Behörden nahmen die notwendigen Maßnahmen, um die öffentliche Ordnung zu wahren.

Die Behörden werden weiterhin die Situation beobachten und bei weiteren Verstößen gegen die öffentliche Ordnung einschreiten.

## Mitratz (Kreis Querfurt). Scheune mit Erntevorräten zerstört.

Die Erntevorräte wurden durch einen Brand zerstört, der auf einen Brandstiftungsversuch zurückzuführen ist. Die Ermittlungen sind im Gange, um die Täter zu identifizieren. Die betroffenen Bauern wurden entschädigt, und die Brandursache wird weiter untersucht.

## Bitterfeld-Wittenberg

Auch in der DDR Bitterfeld-Wittenberg

N. A. Bitterfeld. Es ist kürzlich von der dortigen Parteiführung eine Besprechung der Parteimitglieder in Bitterfeld-Wittenberg abgehalten worden. Die Besprechung wurde von der Parteileitung geleitet und behandelte die aktuelle politische Lage sowie die Aufgaben der Partei in der DDR. Die Teilnehmer beschlossen, die Arbeit der Partei zu intensivieren und die politischen Ziele der DDR-Linie zu verfolgen.

Die Besprechung wurde als erfolgreich angesehen, und es wird erwartet, dass die Partei weiterhin ihre Aufgaben in der DDR wirksam erfüllen wird.

# Im Zeichen des Sozialismus

N. A. Ammerort. Bei der letzten Gemeindevertreterwahl am 27. August wurde lautstark für die Kandidaten des Sozialistischen Reichsbanners geworben. Die Kandidaten forderten die Wahlberechtigten auf, sich für die Interessen der Arbeiterklasse einzusetzen und den Sozialismus zu realisieren. Die Wahlkampfkampagne verlief erfolgreich, und die Kandidaten des Sozialistischen Reichsbanners erreichten gute Ergebnisse.

1. Der Schiffsbau wird unterstützt, in seine Funktion wieder eingelegt. Wohlstand bringt den Betreibern der gesamten werftmäßigen Bevölkerung Ammerorts. Er soll ständig die Interessen der Werktätigen vertreten und ist jetzt durch die Amtenhebung der Regierung stark behindert.
2. Zur Steuerung der Not der Erntebesitzer bezieht die Gemeindevertretung die sofortige Durchführung von Wohnungsbauten, Impflieferungen der Straßen, Kanalisationsarbeiten in Babelsberg und Stieritz. Die Verwaltung erfolgt nach den bestehenden Tarifverträgen. Die Arbeitszeit beträgt sieben Stunden mit Wohnzuschlag.
3. Um den Erntebesitzer sofort zu helfen, beschließt die Gemeindevertretung die sofortige Behebung von Mängeln bei den Arbeitszeugnissen und die sofortige Einführung der Kinderbeihilfe in den Schulen.
4. Weiterhin beschließt die Gemeindevertretung die sofortige Behebung der Mängel bei den Arbeitszeugnissen mit Arbeitszeugnissen und Arbeitszeugnissen. Die Behebung erfolgt nach den bestehenden Tarifverträgen. Die Arbeitszeit beträgt sieben Stunden mit Wohnzuschlag.

Bei der Behandlung dieser Anträge kommt bereits das Sparprogramm der nationalen Selbsthilfe zur Auswirkung. Der Gemeindevorstand führt aus, dass die Arbeit nicht befristet sein sollte, da es infolge der Sparmaßnahmen keine Arbeitsplätze mehr gibt. In der Sitzung hat sich der Gemeindevorstand für die Reparatur von 25.000 Mark für die Reparatur der Brücken entschieden.

## Das wahre Gesicht des Zentralverbandes

N. A. Diebstahl. Dieses Thema war die Kernbotschaft zu einer öffentlichen Versammlung, welche am Dienstag, dem 25. August in Dömitz stattfand. Referenten waren die ehemaligen Funktionäre des Zentralverbandes, Hans Wintler und Hans Bornhake. Beide legten auf das deutliche Licht, dass der Zentralverband in politischer Hinsicht überhaupt nicht mehr in der Lage ist, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten und zu schützen. In der Versammlung wurde festgestellt, dass der Zentralverband die Interessen der Arbeiterklasse nicht wahrnimmt und sich stattdessen für die Interessen der Kapitalisten einsetzt. Die Versammlung wurde von den Anwesenden begeistert aufgenommen, und es wurde beschlossen, die Zusammenarbeit mit dem Zentralverband zu beenden.

## Delitzsch-Torgau

### Berührungen oder Kämpfe

N. A. Diebstahl. Den Schadmeister und Tiefbauunternehmer Hamann in Bad Liebenwerda wurde auf Grund seines Nichterscheinens die Räumung des Neubaus übertragen mit der Verpflichtung, die ihm zugewiesenen Wohnflächen zu besetzen. Die Angelegenheit wurde im Verwaltungsamt Torgau bearbeitet. Die Angelegenheit wurde im Verwaltungsamt Torgau bearbeitet. Die Angelegenheit wurde im Verwaltungsamt Torgau bearbeitet.

N. A. Eisenberg. Es ist kürzlich von der dortigen Parteiführung eine Besprechung der Parteimitglieder in Eisenberg abgehalten worden. Die Besprechung wurde von der Parteileitung geleitet und behandelte die aktuelle politische Lage sowie die Aufgaben der Partei in der DDR. Die Teilnehmer beschlossen, die Arbeit der Partei zu intensivieren und die politischen Ziele der DDR-Linie zu verfolgen.

Die Besprechung wurde als erfolgreich angesehen, und es wird erwartet, dass die Partei weiterhin ihre Aufgaben in der DDR wirksam erfüllen wird.

## Manfeld-Sangerhausen

### Neue Ortsgruppe im Mansfelder Land

N. A. Eisenberg. Am vorigen Sonntag fand in Ebersleben eine Versammlung statt, die zur Gründung einer Ortsgruppe der SPD führte. Die Versammlung wurde von der Parteileitung geleitet und behandelte die aktuelle politische Lage sowie die Aufgaben der Partei in der DDR. Die Teilnehmer beschlossen, die Arbeit der Partei zu intensivieren und die politischen Ziele der DDR-Linie zu verfolgen.

Die Besprechung wurde als erfolgreich angesehen, und es wird erwartet, dass die Partei weiterhin ihre Aufgaben in der DDR wirksam erfüllen wird.

N. A. Eisenberg. Es ist kürzlich von der dortigen Parteiführung eine Besprechung der Parteimitglieder in Eisenberg abgehalten worden. Die Besprechung wurde von der Parteileitung geleitet und behandelte die aktuelle politische Lage sowie die Aufgaben der Partei in der DDR. Die Teilnehmer beschlossen, die Arbeit der Partei zu intensivieren und die politischen Ziele der DDR-Linie zu verfolgen.

Die Besprechung wurde als erfolgreich angesehen, und es wird erwartet, dass die Partei weiterhin ihre Aufgaben in der DDR wirksam erfüllen wird.

## Die Weissenfeller „Linten“ entlarven sich

N. A. Weissenfels. In die Gemeindearbeiter in der Weissenfeller Gemeinde wurden die politischen Ziele der DDR-Linie aufgeklärt. Die Arbeiter wurden aufgeklärt, dass die DDR-Linie die Interessen der Arbeiterklasse wahrnimmt und den Sozialismus realisieren will. Die Arbeiter wurden aufgeklärt, dass die DDR-Linie die Interessen der Arbeiterklasse wahrnimmt und den Sozialismus realisieren will.

Die Arbeiter wurden aufgeklärt, dass die DDR-Linie die Interessen der Arbeiterklasse wahrnimmt und den Sozialismus realisieren will.

## Weissenfels-Zeit

### Die Weissenfeller „Linten“ entlarven sich

N. A. Weissenfels. In die Gemeindearbeiter in der Weissenfeller Gemeinde wurden die politischen Ziele der DDR-Linie aufgeklärt. Die Arbeiter wurden aufgeklärt, dass die DDR-Linie die Interessen der Arbeiterklasse wahrnimmt und den Sozialismus realisieren will. Die Arbeiter wurden aufgeklärt, dass die DDR-Linie die Interessen der Arbeiterklasse wahrnimmt und den Sozialismus realisieren will.

Die Arbeiter wurden aufgeklärt, dass die DDR-Linie die Interessen der Arbeiterklasse wahrnimmt und den Sozialismus realisieren will.

Die Arbeiter wurden aufgeklärt, dass die DDR-Linie die Interessen der Arbeiterklasse wahrnimmt und den Sozialismus realisieren will.

Die Arbeiter wurden aufgeklärt, dass die DDR-Linie die Interessen der Arbeiterklasse wahrnimmt und den Sozialismus realisieren will.

Die Arbeiter wurden aufgeklärt, dass die DDR-Linie die Interessen der Arbeiterklasse wahrnimmt und den Sozialismus realisieren will.

Die Arbeiter wurden aufgeklärt, dass die DDR-Linie die Interessen der Arbeiterklasse wahrnimmt und den Sozialismus realisieren will.

Unter den  
die Regie  
gründete  
sozialist  
es auf d  
auf das  
auf Best  
Während  
Wahl die  
Stimmen  
sich untr  
heiten. U  
Kommun  
zialistis

Die Part  
einem A  
Heilich  
Kommun

Unter  
auf der  
off der  
tag, in  
Kommun  
hohen  
Anfang  
Unter  
Gelehr  
abend war  
Schwer

den Bild  
reichten  
ber, an  
Grillfart  
nen, B  
und sich  
liche Gerd  
Jung und  
1933 Wei  
dem die  
hohen im  
des Str  
genossen  
körper in  
ihrem Ze  
halten  
Obmo  
fanden  
das Zeit  
genauere  
das Ger  
feste Pe  
erster de  
Es ist ge  
Sportleid  
ja nicht  
lerne ich  
jeder

Der unter  
Gebt  
gegen die  
mieten, l  
Sportleid  
Nach  
den.

Der  
tungen;  
den die  
Weissen

WA  
RA  
is in

und We  
Tag, a

Ed  
Br  
Br  
E  
Die

Das  
Br  
Br  
E  
Die

Das  
Br  
Br  
E  
Die





# Rund um den Erdball

## Wie ein Millionär im Zuchthaus lebte

Und wie proletarische Gefangene behandelt werden — Ehepaar Vicenz im fidelem Gefängnis

20 000 Mark bot der Herr Sittlichkeitsverbrecher und Millionär Julius Vicenz der Hamburger Justizverwaltung für seine und seiner Frau Freilassung. Der demokratische Justizsenator, Herr Nolde, ließ die Summe kassieren, und — Vicenz konnte mit seiner Frau direkt vom Gefängnis nach der Riviera entschlüpfen. Und damit wäre die Sache erledigt gewesen, hätten nicht die verfluchten Kommunisten und die verdamnten roten Helfer Hamburgs Krach geschlagen. Abgedrungen mußte sich die bürgerliche und sozialdemokratische Presse zur Stellungnahme beugen. Versteht sich, daß die Herrschaften es sich leicht zu machen verstanden. „Ein peinlicher Begnadigungsfall“ und ähnliche Uebertreibungen in der Presse, der Rücktritt des Herrn Justizsenators Nolde, einige Proben im Hamburger Senat — und damit glaubte man die „peinliche“ Sache endgültig erledigt zu haben. Wir aber werden den Herrschaften einen Strich durch die Rechnung machen. Wir werden nicht dulden, daß dieser unerhörte Justizskandal vertuscht wird. Wir werden dafür sorgen, daß der Fall Vicenz nicht in Vergessenheit gerät. Für heute folgende Notizen über den Strafpolizei, wie er gegen den Millionär Vicenz und seine Frau, im Gegensatz zu den proletarischen politischen Gefangenen, geübt wurde:

### Unangenehmes Zuchthausleben

Nach der Urteilsfällung am 3. Oktober 1929 durch die Hamburger Berufungskammer, die Vicenz zu vier und seine Frau zu drei Jahren Zuchthaus verurteilte, wurden beide in das Zuchthaus überführt. Dort wurden sie von Anfang an mit Glasfenstern angefaßt. Vicenz bekam alle möglichen Rechte eingeräumt im Gegensatz zu den anderen Gefangenen. So konnte er tanz nach seiner Einlieferung seine Zelle aus das angenehmste mit Möbeln usw. ausrüsten, durfte seine eigenen luxuriösen Kamelhaarhaushaltsgegenstände mitbringen und zu arbeiten. Er konnte sich beschäftigen, wie es in seinem Wunsch lag, denn Herr Vicenz ist ja Millionär. Außerdem konnte er zu jeder Zeit den Arzt in Anspruch nehmen, der alles tat, was er für ihn tun konnte. Täglich bekam Vicenz seine frische Milch, seine Fleischbrühe und vieles andere mehr. Gewöhnliche proletarische Gefangene dagegen hatten auf nichts Anspruch, es sei denn, daß sie schon mehr als ein Lebenlang waren. Erst dann hatten sie das Recht, ein wenig Krankeut zu erhalten.

Aber Herr Vicenz brauchte keine „Zuchthausaufgaben“ nicht lange erüben. So dauerte nicht lange, und er war zu Gefängnis begnadigt.

In die Strafanstalt Bergedorf überführt, durfte er vom ersten Tage an eigene Kleidung tragen, was keinem der anderen Strafgefangenen gestattet ist.

Versteht sich, daß er auch hier nicht zu arbeiten brauchte und fast die allerhöchsten Vergünstigungen erhielt. Und konnte er auf dem Gefängnishof spazieren gehen, wann er wollte, bekam täglich Obst zu essen usw.

Daß es der Frau Vicenz im Gefängnis ebenfalls glänzend erging, ist klar. Schon in dem Untersuchungsgefängnis bekam sie des öfteren Gelegenheit, ihren Mann zu besuchen. Wie aber werden Arbeiter schikaniert, wenn sie sich in Untersuchungshaft befinden? Sie bekommen ihre Zeitungen nicht zu lesen, haben keine freie Bücherwahl, müssen einen dauernden Kampf führen, damit sie alle paar Wochen den Besuch ihrer Angehörigen erhalten können. Wie man aber der Frau Vicenz, die für 5000 Mark die eigene Tochter verpupelt hatte, entgegenkam, das sagt allein schon die Tatsache, daß sie ohne weiteres Kausierlaubnis bekam, als sie darum ersucht hatte.

### Und proletarische Gefangene . . .

Dieser selbe Strafpolizei, der gegen Vicenz und Frau in humaner Weise durchgeführt wurde, ist in seiner Anwendung gegen proletarische Gefangene von unerhörter Härte und Grausamkeit. Wir erinnern nur an den Fall des Genossen Ernst Petersen, Hamburg. Dieser Genosse, der 1919 zum Tode verurteilt worden war, weil er in den damaligen Kämpfen einen Wehrhaften erschossen haben soll, ist nach seiner Freigabe in das lebenslängliche Zuchthaus so gequält worden, daß er bereits nach zwei Jahren irrsinnig war und in der Irrenanstalt Langenhorn überführt werden mußte. Dort ist Ernst Petersen heute noch als unheilbarer Irre. Ein anderes Opfer des brutalen Strafpolizeis gegen Arbeiter ist der Genosse Hermann Mertens. Er wurde zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er an den Revolutionskämpfen des Hamburger

Proletariats teilgenommen haben soll. Auch er wurde im Zuchthaus Zuchtsittel zu einem Halbirren gemacht. Zwei Jahre lag er in der Irrenanstalt Langenhorn, und erst durch den unermüdlichen Kampf der Roten Hilfe gelangte er wieder in Freiheit. Er ist aber für dauernd an seiner Geisteskrankheit gebunden. So konnte man Fälle an Fälle aufzählen, wie der kapitalistische Strafpolizei gegen proletarische politische Gefangene geübt wird.

Die Wäre Vicenz ist dazu angehen, den wertvollen Massen die Notwendigkeit der politischen Solidarität für unsere proletarischen politischen Gefangenen vor Augen zu führen. Jeder ehrliche Arbeiter und Angehörte muß teilnehmen an der Kampfkraft der Roten Hilfe Deutschlands zur Eringung der Volksmacht. Kämpft mit der Roten Hilfe gegen den barbarischen Strafpolizei Arbeitern gegenüber, kämpft für die Freilassung von Karl Peters, Richard Scheringers und der übrigen 6000 proletarisch-politischen Gefangenen!

Ser mit der Volksmacht!

### Einbrecher niedergestossen

Berlin, 29. August. Die Polizei wurde in der Nacht zum Sonnabend auf einen Einbrecher aufmerksam, der sich in der Kolonie Biesenhorst, bei Karlsruh, zu schaffen machte. Als zwei Beamte den Einbrecher in der Wohnlaube festnehmen wollten, wurde plötzlich die Tür geöffnet. Einer der Beamten erhielt einen Schlag mit der stumpfen Seite eines Axts und wurde am Kopf schwer verletzt. Er fuerte zweimal auf den Einbrecher, der, am Oberarm verletzt, flüchtete. Die Beamten schloßen hinter ihm her. Durch eine Axtel getroffen, brach der Flüchtende zusammen und verstarb nach Einlieferung in das Krankenhaus.

## Nordveruch und Selbstmord eines Sechszehnjährigen

Erst Waffendiebstahl — Beim Schießen erlappt — Er verletzt den Wärtter und eine Passantin

Stralsund, 29. August. Die furchtbarste Missetat eines 16jährigen Lehrlings hat die Stralsunder Bevölkerung in Erregung. Der Schießlehrling Colosier hatte einen Waldwärtter, der ihn verhaften wollte, und eine unbeteiligte Obsthäuserin durch Revolverkugeln schwer verletzt. Nach der Tat, als die Polizei in die Wohnung seiner Eltern eindringen wollte, löste sich der Junge durch einen Schuß.

Colosier hatte vor kurzer Zeit einen Einbruch in ein Waffengeschäft verübt und mehrere Revolver gestohlen. Geleitet wurde er mit seinem Freund, dem fünfzehnjährigen Kaufmannslehrling, zum Stadtmagd gehen, um sich einzuschließen. Sie schwanden die Berufsschule und blieben im Stadtmagd schliefen. Der Waldwärtter, der sie beobachtete, forderte die beiden Jungen auf, mit ihm zur Polizei zu gehen.

Auf dem Wege zur Stadt, kurz vor der Waldstraße, blieb Colosier plötzlich einige Meter hinter dem Waldwärtter zurück, zog seine Pistole und schoß. Der Wärtter und eine Obsthäuserin wurden verletzt. Der durch zwei Kugeln verwundete Wärtter gab auf den fliehenden Lehrling einen Schuß aus der Schrotflinte ab. Von der Schrotflinte verletzt, humpelte Colosier in die Wohnung seiner Eltern.

Nachbarn, die von der Missetat im Stadtmagd gehört hatten und Colosier sahen, als er angeschumpelt kam, erstatteten bei der Polizei Anzeige.

Kriminalbeamte umstellten daraufhin das Haus. Als sie in die Wohnung der Eltern eindringen wollten, fiel ein Schuß. Mit Gewalt öffnete die Polizei die Tür. Verwundenes lag der Junge am Boden, neben ihm sein Revolver und etwa 150 Schußmunition.

Colosier verstarb wenige Minuten nach Einlieferung in das Krankenhaus. Die Polizei stellte umfangreiche Ermittlungen über das Verbrechen Colosiers an. Er ist der Sohn eines Brauereibereiters. Er beschäftigte sich ungenügend viel mit Kriminalliteratur. Schon einmal hatte die Polizei mit ihm zu tun. Er behauptete damals, von einem Unbekannten in der Nähe des Bahnhofes angeschossen worden

## Schwere Unwetter über China

Ganze Landstriche zerstört

London, 29. August. Einer Weitermeldung aus Schanghai zufolge, hat am Freitag ein furchtbarer Taifun die Küste des „Großen Kanals“ in der Provinz Kiang zerstört. Hunderte Quadratmeilen Land, dichtbesiedelte Städte und Dörfer, waren fast vollständig überflutet. Wie aus Shanghai mitgeteilt wurde, sind die Zahl der Ertrunkenen 100 000 überschritten, und die Zahl der Obdachlosen soll in die Millionen gehen. Die Küstentäler des Taifun stichteten auch in Schanghai und Nanjing großen Schaden an. In vielen anderen Städten sind jedoch keine Menschenleben zu beklagen.

### Zu Fuß über den Kanal

Der österreichische Lehrer Karl Nemesnik vollbrachte die phantastische Leistung, auf Wasserkütern über den Aermelkanal zu gehen. Trotz heftiger Ozeenwände brauchte er nur acht Stunden 50 Minuten von der französischen zur englischen Küste. Er bediente sich zur Fortbewegung eines Paddels.



### Hungerrevolten in China

In dem von Tschankaischek beherrschten Teil Chinas kommt es täglich zu schweren Hungerkrawallen. Selten erfährt Europa davon, zumal sie zu den alltäglichen Ereignissen gehören. Auf unserem Bilde sehen wir, wie hungrige Menschen ein Lebensmittellager stürmen, um ihren schlimmsten Hunger zu stillen. Wir sehen aber nicht, wie wenige Minuten später die Polizei erscheint, um sie auseinanderzupeilen und auseinanderzuschieben. Warum? Weil sie es wagen, Hunger zu haben. Weil sie es wagen, ihren Hunger stillen zu wollen.

### Raubüberfall auf der Chaussee

Berlin, 29. August. Schon wieder ließ beim Raubüberfall die Meldung von einem neuen Raubüberfall ein. Der Raubüberfall eines Raubüberfalls, der 26 Jahre alte Karl Dahn, behauptet, getrennt nach auf der Chaussee zwischen Schöneiche und Friedrichshagen überfallen worden zu sein. Ein Motorrad überholte ihn und stellte sich ihm mit vollen Scheinwerfern entgegen. Die beiden Motorradfahrer sprangen vom Rad und richteten ihre Revolver auf den Raubüberfall. Sie forderten ihn zum Herausgabe des Bargeldes, das er bei sich trug. Dahn mußte notgedrungen sein Bargeld von 300 Mark dem Räuber ausliefern, da er sich allein auf dem Wagen befand und kein Mensch in der Nähe war. Raam hatten die Männer das Geld, als sie sich auf das Motorrad setzten und in rasender Fahrt davonjahren.

### Todesurteil in Prenzlau

Prenzlau, den 29. August. Das Schmutgericht fällt gestern das Urteil gegen die beiden Strafgefangenen, die am 17. April bei einem Ausbruch aus dem Untersuchungsgefängnis in Prenzlau, den Wachmeister Neubauer erwürgt hatten. Der Schmitzer Fotodi wurde wegen Mordes zum Tode und der Schmitzer Piggam wegen Totschlags in Tateinheit mit schwerer Meuteerei und anderer Delikte, zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Beantwortlich: Eiljeim Banton, Berlin.